

Zeitschrift: Zürcher Taschenbuch
Herausgeber: Gesellschaft zürcherischer Geschichtsfreunde
Band: 49 (1929)

Rubrik: Zürcher Chronik 1924 : 1. Januar bis 31. Dezember 1924

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 31.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zürcher Chronik 1924.

1. Januar bis 31. Dezember 1924.

Bearbeitet von Emil J. Hofmann, Zürich.

Januar:

2. Der Oberbürgermeister von Stuttgart übermittelt dem Stadtpräsidenten zu Händen der Zürcher Hilfsaktion für die deutsche Not eine Zuschrift, womit er namens der Gesamteinwohnerschaft seiner Stadt den tiefgefühlten Dank ausspricht für die vom Zürcher Hilfswerk bekundete freundnachbarliche Gesinnung.

Von nun an können sämtliche Steuern in der Stadt mittels Postcheck bezahlt werden.

Seit Neujahr streifen die hiesigen Kaminfeger, weil die Meister es abgelehnt haben, die bisher gültige Platzordnung im Kaminfegergewerbe zu erneuern.

Infolge der Einführung des elektrischen Läuteantriebs der Stadtkirche Winterthur sind auf Neujahr sieben Kirchendiener entlassen worden, von denen mehrere bis zu 25 Jahren in ihrem Dienst gestanden haben.

Die Arbeiter Kaspar Keller und Albert Zangger stehen heute seit fünfzig Jahren bei der Maschinenfabrik Rüti in Arbeit. Sie erhalten von der Fabrikleitung das übliche Anerkennungs schreiben samt Gratifikation.

3. Letztes Jahr fanden in der Stadt 2151 Trauungen statt; geboren wurden 3842 Kinder und gestorben sind 2301 Personen. Im Krematorium fanden genau 1000 Kremationen statt oder 115 mehr als im Vorjahre.
4. Für die Ausführung weiterer Notstandsarbeiten im Laufe dieses Winters ersucht der Regierungsrat den Kantonsrat um Bewilligung eines Kredites von 500,000 Franken.
6. Das Bezirkskomitee Gorgen für die Hilfeleistung an die Notleidenden in Weimar sendet 5000 Kilo Lebensmittel dahin zur Bereitung von Suppe sowie zur Verteilung an alte oder franke Leute.
7. Wie die Zentralstelle der Zürcher Hilfsaktion für deutsche Not bekannt gibt, haben zahlreiche Personen beiderlei Geschlechts ihre freiwillige Mitarbeit dem ausführenden Ausschuss zur Verfügung gestellt. Auch an Spenden seien ansehnliche Beträge eingegangen, so daß die vom Komitee unterhaltene Suppenküche in Stuttgart täglich 1000 Bedürftige speisen könne.

8. Die Generalversammlung der Aktiengesellschaft „Neue Seidenstoffweberei Zürich“ beschließt die Herabsetzung ihres Aktienkapitals von zwei Millionen auf 600,000 Franken.
9. Der Stadtrat gibt von folgendem Beschlusse Kenntnis: „Lehrern, Beamten, Angestellten und Hilfsangestellten, sowie ständigen Arbeitern, deren Dienstkreis im Stadtgebiet liegt, wird das Wohnen außerhalb der Stadt nur gestattet, wenn ihr Wohnsitz innerhalb eines Umkreises von zehn Kilometern liegt.“

Die Zürcher Ziegeleien gründen eine Wohlfahrtsstiftung, deren Zweck darin besteht, ihren Angestellten oder Arbeitern dann Unterstützung zu gewähren, wenn ihre Firma oder Krankenkasse ihnen nicht oder bloß unzureichend zu helfen vermag.

Die Erben des am letzten 30. Dezember im Alter von 80 Jahren verstorbenen Adolf Arter-Roch teilen dem Stadtrat mit, daß er sein Landgut an der Klostbach-Minervastraße der Stadt vermacht habe mit der Bestimmung, das Wohnhaus zu einem Jugendheim zu verwenden, und mit dem Servitut der Unverbaubarkeit des ganzen Umgebietes.

Der Große Stadtrat beschäftigt sich in der heutigen Sitzung mit der Abänderung der Statuten der städtischen Versicherungskasse. Gemäß dem Antrag der Kommissionmehrheit wird u. a. bestimmt, daß ein Versicherter, der im Alter von 45 Jahren und nach mindestens 15 Dienstjahren aus dem städtischen Dienst tritt, gleichwohl weiterhin versichert bleiben kann, sofern er seinen Verpflichtungen der Versicherungskasse gegenüber nachkommt. Ebenso wird nach der Kommissionmehrheit die Rente nach dem sechsten Dienstjahr auf vierzig, nach dem einunddreißigsten oder einem höheren Dienstjahr auf siebenzig Prozent der zuletzt bezogenen Besoldung festgesetzt.

10. Winterthur hatte letztes Jahr 1007 Geburten, 619 Todesfälle und 435 Trauungen.
11. Die Zürichbergbahn beförderte letztes Jahr 1,013,808 Personen und hatte 96, 653 Franken Einnahmen oder 11,220 Franken mehr als im Vorjahre. Die Seilbahn Rigibühl hat 523,560 Personen befördert und 68,084 Franken eingenommen oder 5358 Franken mehr als im Vorjahre.
12. Wie dem vorläufigen Bericht des statistischen Amtes über die Zahl der leerstehenden und im Bau begriffenen Wohnungen am 1. Dezember 1923 zu entnehmen ist, standen an diesem Tage nur 52 Wohnungen leer. Die Hälfte davon war entweder schon vermietet oder nur käuflich erhältlich; die übrigen aber waren für die Großzahl der Mieter einfach zu teuer. Auch in den Außengemeinden, heißt es weiter, seien die Wohnungsvorräte auf nichtsagende Bestände zusammengeschrunken.

Das leitende Komitee der Eleonorenstiftung feiert den fünfzigjährigen Bestand des Kinderspitals Zürich, dessen Gründung seinerzeit durch eine Schenkung von 50,000 Franken von Dr. Cramer in Mailand ermöglicht worden ist. Die Zahl der jährlich verpflegten Kinder, die im Gründungsjahr 134 betrug, ist seither stetig größer geworden und letztes Jahr bei 1402 angelangt.

In der Stadt sind zurzeit 1546 Wohnungen im Bau, davon annähernd 600 einzig im 6. Kreis; ferner in den acht Außengemeinden 270.

13. Im Alter von 80 Jahren stirbt alt Forstmeister Gottlieb Kramer.

Eine auf „Zimmerleuten“ abgehaltene Versammlung des kantonalen Gewerbeverbandes spricht sich einstimmig zu Gunsten der Abänderung des Art. 41 des Eidgen. Fabrikgesetzes aus und fordert die Mitglieder zu kräftigem Eintreten für diese Gesetzesänderung auf.

Bei der Gemeindeabstimmung in Winterthur wird die Vorlage betreffend Straßenbauten im Kostenbetrage von 270,000 Franken mit 7921 gegen 1443 Stimmen angenommen, ebenso mit 5318 gegen 2149 Stimmen die Verordnung über die Verhältnisswahl des Großen Gemeinderates.

Der Arbeitermännerchor Töb beschließt an seiner Hauptversammlung, künftig an keiner kirchlichen oder religiösen Veranstaltung mehr mitzuwirken.

14. In den städtischen Kirchgemeinden sind letztes Jahr 1976 Kinder getauft und 2025 konfirmiert, 737 Ehepaare kirchlich getraut und 1269 Personen kirchlich bestattet worden.

Hier wird eine Familienheim-Genossenschaft gegründet, die beabsichtigt, eine größere Eigenheimkolonie zu bauen, um so dem empfindlichen Mangel an geeigneten Wohnungen für kinderreiche Familien einigermaßen abzuhelpen. Die Vorarbeiten sollen so gefördert werden, daß die Siedelung womöglich schon im Herbst dieses Jahres bezugsbereit wäre.

Im Verlauf der vom Kantonsrat begonnenen Eintretensdebatte zum Voranschlag für 1924 wird vom Finanzdirektor Dr. Streuli betont, daß unbedingt an eine allmähliche Tilgung der 168 Millionen Franken betragenden Schuldenlast des Staates herantreten werden müsse. Demgegenüber wird aus der Mitte des Rates darauf hingewiesen, daß der Staatskredit trotz dieses Schuldenfontos noch keineswegs gefährdet sei, weshalb man mit der Tilgung ganz wohl bessere Zeiten abwarten könne.

15. Der letztes Jahr in Wirksamkeit getretene Normalarbeitsvertrag für Dienstmädchen wird vom Regierungsrat für ein weiteres Jahr gültig erklärt.

Der Kantonsrat beginnt mit der materiellen Behandlung des Voranrages für 1924 und erledigt die Abschnitte Gesetzgebung, Regierungsrat, Polizei- und Militärwesen, ohne daß dabei Anträge auf erhebliche Erhöhung oder Herabsetzung einzelner Ausgabenposten gestellt würden. Die Weiterberatung wird auf 21. Januar vertagt.

16. In Winterthur sind bis heute dem Stadtrat Projekte für den Bau von 400 Wohnungen im Kostenbetrage von 8,5 Millionen Franken mit dem Ersuchen um städtische Subvention angemeldet worden.

Der Große Stadtrat bewilligt für den Erweiterungsbau des Kunsthauſes, der auf 800,000 Franken veranschlagt ist, einen Beitrag von 200,000 Franken und erhöht den Beitrag der Stadt an die Betriebskosten der Kunstgesellschaft auf den Zeitpunkt der Eröffnung

der Neubaute hin von 15,000 auf 20,000 Franken. Mit Ausnahme der zurückgelegten Artikel erledigt der Rat hierauf noch die Vorlage über die Abänderung der städtischen Versicherungskasse.

Der Stadtrat beantragt dem Großen Stadtrat zu Handen der Gemeinde die Bewilligung eines Kredites von 663,000 Franken für den Bau einer Straßenbahnlinie von der alten Kirche Fluntern bis zur Allmend auf dem Zürichberg, sowie eines solchen von 149,000 Franken für die Verbreiterung einiger von dieser Linie befahrenen Straßen.

Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat hinsichtlich der weiterhin zu treffenden staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot, von einer Uebernahme von zweiten Hypotheken oder von Anteilscheinen der Wohnbaugenossenschaften sei abzugehen, dagegen sollen Gemeinden zur Sicherstellung von zweiten Hypotheken oder für ihre Aufwendungen für den Wohnungsbau wohl vom Staat Beiträge erhalten können.

17. Am 31. Dezember 1923 hatte die Stadt 202,994 Einwohner gegenüber 199,567 am selben Tage des Vorjahres.

Die „Hilfe Zürich-Stuttgart“ hat bis jetzt an bar 75,428 Franken erhalten und an Nahrungsmitteln, Schuhen, Wäsche und Kleidern 72 Kisten sowie je 17 Säcke und Ballots nach Stuttgart gesandt.

In der Stadt wird ein Verband sozialistischer Kirchgenossen gegründet mit dem Zweck, innerhalb der reformierten Landeskirche die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zur Geltung zu bringen.

19. Die „Zürcher Hilfsaktion für die deutsche Not“ eröffnet einen Beförderungsdienst für Liebesgaben sendungen und gibt im „Tagblatt“ überdies bekannt, daß von jetzt an jedermann gegen Einzahlung von zehn, beziehungsweise zwanzig Franken ein einheitlich gefülltes Nahrungsmittelpaket postversichert und gebührenfrei an notleidende Private oder Gruppen gelangen lassen könne.

Der seit einigen Jahren in der Stadt ansässige ehemalige Direktionspräsident der Rhätischen Bahn, Dr. h. c. Anton Schucan, begeht in voller geistiger Frische und in körperlicher Rüstigkeit seinen 80. Geburtstag.

Der Große Gemeinderat von Winterthur bewilligt 302,000 Franken für den Bau eines Schulhauses in Wülflingen und 56,000 Franken für die Verbesserung der Wagstraße.

21. Der Stadtrat beantragt dem Großen Stadtrat die Bewilligung eines Darlehens von höchstens 175,000 Franken gegen Grundpfandversicherung an die Baugenossenschaft Hardhof, die an der Hardturmstraße 34 Einfamilienhäuser im Anlagewert von 875,000 Franken erstellen will.

In Thalwil begeht Pfarrer E. Bartholdi in voller körperlicher Rüstigkeit und geistiger Frische seinen 75. Geburtstag.

An eine ausgeschriebene Primarlehrerstelle in Derlikon melden sich 47 Bewerber.

Der Kantonsrat fährt fort mit der Beratung des Voranschlages für 1924. Beim Abschnitt Volkswirtschaftsdirektion beantragt die so-

zialdemokratische Fraktion, die Befoldung des Vorstehers des Arbeitsamtes von 10,000 auf 9,400 Franken herabzusetzen, welcher Antrag jedoch mit 133 gegen 66 Stimmen abgelehnt wird.

Die Maschinenfabrik Rüti entläßt 48 Arbeiter und gibt bekannt, daß sie wegen mangelnder Aufträge bis auf weiteres bloß noch vier Tage wöchentlich ihre Arbeiterschaft beschäftigen könne.

22. Bei der Weiterbehandlung des Voranschlages für 1924 macht der Finanzdirektor den Kantonsrat u. a. darauf aufmerksam, daß ein Ausgabeposten von 150,000 Franken einzig für Befoldung von solchen Angestellten nachgeführt werden müsse, die, obschon nicht mehr voll leistungsfähig, mangels eines Ruhegehalts dennoch weiter im Staatsdienst behalten würden. Beim Abschnitt Armenwesen erfährt man, daß seit 1919 die Armensteuer beträchtlich hat erhöht werden müssen, in zahlreichen Gemeinden bis zu 80, in hundert andern sogar bis zu 90 Prozent der einfachen Staatssteuer.

23. Die Sihltalbahn hat letztes Jahr 939,663 Franken eingenommen oder 50,263 Franken mehr als im Vorjahr. Die Betriebsausgaben betrugen 669,095 Franken oder 11,392 Franken weniger als 1923.

Bei der vom Großen Stadtrat begonnenen Behandlung der Gemeinderrechnung vom Jahre 1922 wird unter allgemeiner Genugtuung von dem unerwartet günstigen Ergebnis Kenntnis genommen: bei 63,1 Millionen Einnahmen und 56,59 Millionen Ausgaben ein Voranschlag von 6,55 Millionen. Die Einnahmen haben sich gegenüber 1919 verdoppelt; die Ausgaben umgekehrt sind sieben Prozent kleiner. Gegenüber dem größten Defizitjahr 1919 ergibt sich eine Besserstellung von nicht weniger denn 27 Millionen Franken, und die ungedeckte Schuld, die damals 46,3 Millionen betrug, ist auf 28 Millionen zurückgegangen.

Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat die Bewilligung eines Kredites von 120,000 Franken als Beitrag an die Kunstgesellschaft Zürich für den Erweiterungsbau des Kunsthauses.

24. Seit 1919 haben Bund und Kanton an Unterstützungen für die Erstellung von 1210 Wohnhäusern im Bauwert von 67,65 Millionen Franken 19,472,283 Franken aufgewendet.

25. Die Schweizerische Kreditanstalt erzielte im Jahre 1923 einen Reingewinn von 9,804,509 Franken. Der Verwaltungsrat beantragt der Aktionärversammlung die seit Jahren übliche Dividende von 8 Prozent sowie den Vortrag von 1,524,776 Franken auf neue Rechnung.

Zum Rektor der Universität wird Prof. Dr. Eugen Bleuler, Direktor der Irrenanstalt Burghölzli, gewählt für die Amtsdauer 1924/26.

Die kommunistische Partei der Stadt veranstaltet bei 1500 Anwesenden in der „Stadthalle“ eine Trauerkundgebung für den verstorbenen Gründer und Leiter der russischen Sowietrepublik. Nachher ziehen die Teilnehmer in geschlossenen Reihen und mit roter Fahne zum Volkshaus, wo die sozialdemokratische Partei, 500 Mann stark, den Aufstieg der englischen Arbeiterpartei zur Regierung feiert.

27. Im Alter von 75 Jahren stirbt Professor Theodor Felber, von 1894 bis 1917 Lehrer für Forstwissenschaft an der Eidgen. Techn. Hochschule.

Das Komitee für das Volksbegehren um vermehrten Schutz vor den Motorfahrzeugen beschließt den Rückzug seines Begehrens.

28. Der Kantonsrat beschließt zunächst gemäß regierungsrätlichem Antrag, es seien für Notstandsarbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im laufenden Winter 500,000 Franken bereitzustellen, und erteilt sodann dem Regierungsrat die Ermächtigung zur Aufnahme eines Anleihe zum Zwecke der Erhöhung des Grundkapitals der Kantonalbank von 40 auf 50 Millionen Franken.

30. Der Große Stadtrat bewilligt für Kanalisationsarbeiten in der Birnmensdorfer- und Seebahnstraße einen Kredit von 69,000 Franken und beendet hierauf die Beratung der Gemeinderrechnung für 1922.

Die Bürger-Gemeinde Elgg löst bei der Holzgant für 1300 Kubikmeter Bauholz 70,619 Franken.

Der Lehrling Maurice Dierckx, geb. 1906, von Brüssel, erhält für die Rettung der fünf Abwärtskinder anlässlich des Brandes im physikalisch-physiologischen Institut an der Rämistrasse am 30. Dezember 1923 die silberne Verdienstmedaille der Stadt.

Februar:

1. Hier bildet sich ein Komitee zur Veranstaltung einer kantonalen Geldsammlung für die Beteiligung der Schweiz an den olympischen Spielen im Laufe des nächsten Sommers in Paris.

Das Bundesgericht entscheidet einen Steuerkonflikt zwischen der Schweizerischen Kreditanstalt und den zürcherischen Steuerbehörden dahin, im Kanton Zürich seien zehn Prozent des Reingewinnes zu versteuern, der Rest in allen andern Kantonen, wo die Bank ein Zweiggeschäft betreibe.

2. Die Geschäftsprüfungskommission des Großen Stadtrates stellt unter anderm den Antrag, der Stadtrat sei einzuladen, beim Regierungsrat darauf zu dringen, daß eine Gesetzesvorlage ausgearbeitet werde, wonach den Gemeinden die Einführung einer mit den erforderlichen Befugnissen ausgerüsteten Wohnungsinspektion gestattet wäre.

3. Die in Uster abgehaltene Abgeordnetenversammlung der kantonalen Bauernpartei beschließt einstimmig, den Parteiangehörigen die Annahme der eidgenössischen Vorlage zur Abänderung von Art. 41 des Fabrikgesetzes zu empfehlen.

4. Der Kantonsrat fährt fort mit der Beratung des Voranschlages für 1924 und bringt sie nach Anhörung zahlreicher Abänderungsanträge, die indessen die Bilanz nicht wesentlich zu beeinflussen vermögen, zu Ende, worauf der Voranschlag ohne Gegenantrag genehmigt wird.

5. Von nun an können in der Zürcher Suppenküche in Stuttgart täglich 1600 Personen gespeist werden. Nächstens soll auch Cannstatt der Hilfe aus Zürich teilhaftig werden.

Für die Errichtung und den Betrieb einer Sendestation für drahtlose Telephonie bei Zürich sind an die erforderlichen 150,000

Franken bis heute 103,000 Franken gezeichnet worden, so daß die Gründung einer Radiogenossenschaft nächstens wird erfolgen können.

6. Der Stadtrat veröffentlicht die von ihm unterm 15. erlassene, vom Regierungsrat am 29. Dezember 1923 genehmigte Abänderung der seit 1917 geltenden Verordnung über die Sonntagsruhe in den Ladengeschäften des Metzgerei- und Wurstereigewerbes. Danach sind diese von nun an an öffentlichen Ruhetagen geschlossen zu halten und es dürfen Waren weder ausgetragen noch zugeführt werden.

Der Stadtrat von Winterthur beantragt dem Großen Gemeinderat die Uebernahme der zweiten Hypothek, in einigen Fällen Abtretung von Bauplätzen zu herabgesetztem Preise für die Erstellung von 68 Wohnungen im Kostenbetrage von 1,738,000 Franken.

Der Große Stadtrat beschließt zunächst zu Handen der Gemeinde den Bau einer Straßenbahnlinie von der alten Kirche Fluntern bis zur Allmend Fluntern im Kostenbetrage von 663,000 Franken und in eigener Befugnis die Verbreiterung der Zürichberg- und Kraftstraße im Kostenbetrage von 149,000 Franken. Sodann beschließt er auf Antrag des Stadtrates die Verlegung der Station Wiedikon an die Birmensdorferstraße, während eine Minderheit für deren Belassung am alten Standort eingetreten war.

7. Der Zürcher Presseverein beschließt die Gründung einer selbständigen Stiftung „Presse-Versicherungsfonds“, dessen finanzielle Grundlage aus den Erträgen der in den letzten zwei Jahren abgehaltenen Pressefeste gebildet werden soll.
8. Die Aktiengesellschaft Leu & Cie. erzielte im letzten Jahr einen Reingewinn samt Saldobortrag von 2,214,152 Franken. Der Verwaltungsrat beantragt der Aktionärversammlung daher wiederum eine Dividende von 6 Prozent auf dem einbezahlten Betrage der Prioritätsaktien.

Der Vorstand des kantonalen Verbandes für Natur- und Heimatschutz wendet sich mit einer ausführlich begründeten Eingabe an den Großen Stadtrat, worin er die Erhaltung des wegen der Korrektur der Seestraße zum Abbruch bestimmten Muraltengutes befürwortet. „Nur um eine Straße schnurgerade führen zu können,“ heißt es u. a. in dieser Zuschrift, „sollte kein wertvolles Bauwerk geopfert werden.“

9. Die Kantonalbank hat letztes Jahr für 60,1 Millionen Franken neue Hypotheken belehnt, wovon 7,6 Millionen dem Bau von Wohnhäusern dienten.
10. Die Kirchgemeinde St. Peter wählt Pfarrer Schmid in Thalwil zum Gemeindegeistlichen.
11. Zum ordentlichen Professor für systematische und praktische Theologie an der theologischen Fakultät der Universität wird Privatdozent Pfarrer Brunner von Zürich gewählt.

Der Stadtrat beantragt dem Großen Stadtrat zum Voranschlag für 1924: Ermäßigung der ordentlichen Gemeindesteuern auf 120 Prozent der einfachen Staatssteuer, Herabsetzung des Gaspreises für Haushaltungen der Stadt vom 1. April an auf 32½ Rappen,

auf 1. April nächsten Jahres auf 30 Rappen. Die sozialdemokratische Fraktion des Großen Stadtrates dagegen will letzteren Preis schon auf April dieses Jahres eingeführt sehen.

Der Kantonsrat genehmigt zunächst den Geschäftsbericht der Oberrekurskommission für Steuerfragen sowie den Rechenschaftsbericht des Ober- und Kassationsgerichtes, bei welcher Gelegenheit an einigen psychiatrischen Gutachten, die bei der Beantwortung der Schuldfrage mehr oder weniger ausschlaggebend waren, scharfe Kritik geübt wird. Sodann hört der Rat eine Interpellation an von Dr. Enderli (Grülianer) betreffend die seiner Ansicht nach ungesetzliche Auslieferung einer wegen Abtreibungsdelikten verurteilten Aargauerin. Die Justizdirektion beantwortet die Anfrage dahin, von einer ungesetzlichen Handlung der kantonalen Behörde könne schon deswegen keine Rede sein, weil das in Frage kommende Bundesgesetz die gewerbsmäßige Abtreibung als obligatorisches Ausweisungsdelikt erkläre.

12. Am 31. Jänner, als dem letzten Stichtag der Arbeitslosenzählung, hatte der Kanton 2497 gänzlich und 1847 teilweis Arbeitslose oder 331 mehr als im Dezember.

13. Regensdorf erhält aus dem Vermächtnis seines im Jahre 1917 in Aosta verstorbenen Gemeindebürgers Giacomo Gofweiler ein Vermächtnis von 190,000 Franken; überdies erhalten verschiedene gemeinnützige Gesellschaften des Kantons vom selben Erblasser zusammen 30,400 Franken.

Vier Mitglieder des Ausschusses für ein Volksbegehren um vermehrten Schutz vor Motorfahrzeugen erklären, daß sie das Begehren im Gegensatz zum Beschluß der Mehrheit aufrecht erhalten.

Der Gemeinderat Pfäffikon beschließt mit sechs gegen fünf Stimmen, es sei der Gemeindeversammlung die Abschaffung der Polizeistunde zu beantragen.

Im Alter von 81 Jahren stirbt Ingenieur August Jegher von Avers, seit den achziger Jahren bis vor kurzem Redaktor der „Schweizerischen Bauzeitung“ und 1883 Generalsekretär der ersten Schweizerischen Landesausstellung in Zürich.

Der Große Stadtrat behandelt die neue Verordnung über die Bezahlung der Schulabwarte, die nach kurzer Diskussion mit 53 gegen 50 Stimmen angenommen wird. Danach erhält ein Schulabwart künftig eine feste Jahresbezahlung von höchstens 6120 Franken und seine Ehefrau eine Entschädigung von 1800 und für das Dienstmädchen 2160 Franken. Außerdem ist jenem eine Nebenbeschäftigung gestattet.

14. Der Staatsbürgerkurs der Stadt veranstaltet im Hirschengraben-schulhaus einen Meinrad-Lienert-Abend mit Lieder- und Zodelvorträgen zu seinen Dichtungen sowie mit dem Vortrag mundartlicher und schriftdeutscher Werke durch den Dichter selbst.

Nachdem der Kreisverein 2 dem Stadtrat angeraten hatte, es sei das Muraltengut im Interesse einer geradlinigen Führung der Seestraße niederzulegen, kommt dieser jedoch in Würdigung der für die Erhaltung der Baute angeführten Gründe des Baukollegiums, der Vereinigung für Heimatschutz, der antiquarischen Gesellschaft und der

Gruppe Zürich des Bundes schweizerischer Architekten zum Schluß, es sei die Frage des Erwerbes des Muraltengutes, wofür zur Zeit 550,000 Franken gefordert werden, im Sinne von dessen Erhaltung weiter zu prüfen.

25. Mit 158 gegen 77 Stimmen beschließt die Gemeindeversammlung von Dübendorf die Abschaffung der Polizeistunde. Im Gegensatz dazu beschließt die Gemeindeversammlung von Pfäffikon mit 124 gegen 93 Stimmen die Beibehaltung der Polizeistunde um Mitternacht.

Zum Stadtschreiber an Stelle des verstorbenen Dr. Bollinger wird der bisherige zweite Substitut, Dr. jur. Heinrich Vertschinger, gewählt.

28. Gegen den Beschluß des Großen Gemeinderates von Winterthur betreffend Ausrichtung einer Subvention von 6000 Franken an die deutsche Hilfsaktion haben 30 Unterzeichner Beschwerde eingelegt.

März:

1. Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, die Befoldung der nach dem 1. Oktober 1918 in den Dienst der Universität getretenen Professoren wie folgt fest- (herab-) zusetzen: a) für ordentliche Professoren (in der Regel) 12,000—15,000 Franken; b) für außerordentliche 8000—12,000 Franken. Sodann soll das Lehrpersonal der kantonalen Mittelschulen mit abgeschlossener wissenschaftlicher Bildung honoriert werden wie folgt: a) Am Gymnasium, an der Industrie- und Handelsschule in Zürich mit 7960—11,500 Franken; b) am Lehrerseminar in Rüschlikon, an der Kantonschule und am Technikum in Winterthur mit 7940—11,300 Franken. Diese so abgeänderten Befoldungsansätze treten nach ihrer Genehmigung durch den Kantonsrat auf Beginn des nächstfolgenden Monats in Kraft.

Anlässlich der Herrenfasnacht wird im heutigen Tagblatt zu 65 Maskenbällen und zu 100 Volk- und Familienabenden eingeladen.

3. Gegen den Beschluß des Großen Stadtrates betreffend Verlegung der Station Wiedikon an die Birmensdorferstraße wird von 4500 Schweizerbürgern das Referendum begehrt.

Der Kantonsrat erklärt vorerst die Motion Kraft (Grütlianer) betreffend Abänderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Kranken und Unfallversicherung für erheblich und beschließt sodann Eintreten auf den Gesetzesentwurf über eine kantonale Schenkungs- und Erbschaftsteuer.

4. In der Tuchfabrik Raidbach A.-G. in Wädenswil begeht Webermeister Heinrich Hagedorn den fünfzigsten Jahrestag seines Eintrittes in das Geschäft.

Für den nächsten Tage in der Schulküche Hedingen zu eröffnenden Kochkurs hat sich eine einzige Teilnehmerin gemeldet.

5. Der Große Stadtrat beginnt die Einzelberatung des Voranschlages für 1924 und genehmigt zum Schluß den zwischen dem Elektrizitätswerk und den bernischen Kraftwerken auf die Dauer von zehn Jahren abgeschlossenen Vertrag über Kraftlieferung, gemäß welchem das

städtische Elektrizitätswerk einen jährlichen Mietzins von 900,000 Franken erhalten wird.

Der Gemeindeverein Anonau macht bei der Antiquarischen Gesellschaft die Anregung, sie möchte ebenfalls dafür eintreten, daß die Wappensammlung der ehemals im Schloße Anonau residierenden Landbögte erhalten bleibe.

7. Bei der Weiterberatung des Voranschlages für 1924 setzt der Große Stadtrat zunächst die Taxen für Gas, Wasser und elektrischen Strom fest und beschließt sodann mit 60 gegen 59 Stimmen einen Steuerfuß von 115 Prozent der Staatssteuer gegenüber dem Antrag des Stadtrates, der 120 Prozent festsetzen wollte. Der Voranschlag selbst wird schließlich mit 63 gegen 41 Stimmen gutgeheißen.
8. Die städtische Abstimmung bewilligt mit 18,103 gegen 1915 Stimmen das Kreditbegehren im Betrage von 663,000 Franken für die Weiterführung der Straßenbahn von der alten Kirche Fluntern durch die Zürichberg-, Kraft- und Krähbühlstraße bis auf die Höhe der Fluntern Almend.

Zur Bauernfasnacht bringt das Tagblatt zehn Seiten voll mit Einladungen zu Maskenball, Tanz, Bockfesten und „Familienabend“.

Die Erneuerungswahl sämtlicher Sekundarlehrer ergibt die Bestätigung aller bisherigen Stelleninhaber. Von den neu vorgeschlagenen Kandidaten werden ebenfalls alle gemäß Antrag der Zentralschulpflege gewählt.

9. Die Volkshochschule des Kantons wählt Dr. Hermann Weilenmann in Zollikon zu ihrem ständigen Sekretär.
10. Die letztjährige Jahresrechnung der Kantonalbank bilanziert mit 732,911,919 Franken. Die Gewinn- und Verlustrechnung ergibt einen Reingewinn von 2,933,229 Franken.
11. In der Stadt ist ein Malerstreik ausgebrochen, an dem sich 450 Mann beteiligen und von dem 53 Malermeister betroffen werden.
13. Die Zürcher Hilfsaktion für die deutsche Not hat bis jetzt annähernd eine halbe Million Franken gesammelt und außerdem ansehnliche Mengen Lebensmittel, Kleider und sonstige Bedarfsartikel den Notleidenden gespendet. So werden gegenwärtig in Stuttgart täglich 2000 Personen von ihr mit Suppe gespeist.

Dieser Tage hat die älteste Baumwollspinnerei auf dem Kontinent, die 1802 von Dr. med. H. Ziegler und Johann Sebastian Elais gegründete „Spinnerei Hard“ in Wülflingen, infolge Arbeitsmangels ihren Betrieb einstellen müssen.

14. Wie einer amtlichen Bekanntmachung zu entnehmen ist, haben sich letztes Jahr einzig im Bezirk Zürich 17 Selbstmorde ereignet.

Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat die Abänderung von Artikel 32, Abs. 2, der Staatsverfassung im Sinne der Herabsetzung der Mitgliederzahl des Kantonsrates von 257 auf 200 sowie die Abänderung des Gesetzes über die Organisation der evangelischen Landeskirche im Sinne der Herabsetzung der Mitgliederzahl der Kirchensynode von 189 auf 150.

In sechs in allen Kreisen abgehaltenen, zahlreich besuchten Volksversammlungen spricht sich die sozialdemokratische Partei einstimmig gegen die Vorlage über die Abänderung des eidgenössischen Fabrikgesetzes (fakultative 54-Stundenwoche) aus.

15. In einer Zuschrift an den Erziehungsrat beklagt sich das Schulkapitel Sorgen über die immer mehr unter den Schulkindern überhandnehmende Verteilung von Reklamemarken durch die Schokoladenfabriken.

Vertreter der Gemeinden Groß- und Kleinandelfingen, Flaach, Dorf, Henggart, Dägerlen, Marthalen, Trüllikon, Dßingen und Derlingen beschließen die Gründung einer Gewerbeschule für den Bezirk Andelfingen. Sie soll schon dieses Frühjahr eröffnet werden.

Im Alter von 67 Jahren stirbt Dr. Rudolf Bollinger, seit 1901 Stadtschreiber von Zürich.

Der Greifensee ist zum zweiten Mal in diesem Winter zugefroren.

16. Von 122 Zeichnern von Anteilscheinen wird die Radiogenossenschaft Zürich gegründet. An das erforderliche Genossenschaftskapital von 150,000 Franken sind bereits 125,000 Franken gezeichnet worden. Präsident ist Ingenieur Gwalter in Höngg.

17. Zur eidgenössischen Abstimmung über eine Abänderung des Fabrikgesetzes (54-Stundenwoche), die 434,734 Nein bei 318,315 Ja ergibt, liefert der Kanton 80,737 Nein gegen 41,298 Ja, die Stadt 32,861 Nein gegen 11,575 Ja. — Das kantonale Volksbegehren betreffend die Motorfahrzeuge wird ebenfalls verworfen, vom Kanton mit 67,045 gegen 42,888, von der Stadt mit 23,672 gegen 15,659 Stimmen.

18. Der Regierungsrat ersucht den Kantonsrat um einen Kredit von 160,000 Franken für den Bau eines Wohnhauses mit neun Wohnungen für die Angestellten der Anstalt Rheinau.

Die Kommission zur Prüfung der Gemeinderrechnung über das Jahr 1923 beantragt dem Großen Stadtrat mehrheitlich einen herabgesetzten Steuerfuß pro 1924 von 115 Prozent der Staatssteuer, sowie eine mäßige Herabsetzung der Gebühren für Gas, Elektrizität und Mübelabfuhr. Sie begründet diesen Antrag mit dem Hinweis auf das unerwartet gute Ergebnis der 1923er Rechnung: statt der veranschlagten 23,76 Millionen Franken seien vielmehr letztes Jahr 32,48 Millionen eingegangen; auch liege kein triftiger Grund vor zur Annahme, das Steuerergebnis des laufenden Jahres werde wesentlich weniger betragen.

Der Kantonsrat genehmigt Rechnung und Geschäftsbericht der Kantonalbank und beschließt, vom Reingewinn von 1,250,000 Franken 500,000 Franken dem Baureservefonds und dem Fonds für eine kantonale Alters- und Invalidenversicherung 400,000 Franken zuzuweisen. Hierauf wird die in letzter Sitzung begonnene Beratung des Volksbegehrens um Abschaffung der Vivisektion fortgesetzt und beschlossen, dem Volke dessen Verwerfung zu empfehlen.

Der Quartierverein Untersträß wendet sich mit einer Eingabe an den Stadtrat, worin er um die Erhaltung des Beckenhofgutes als einer geschichtlich und ästhetisch wertvollen Baute ersucht.

In Glavadel, wo er sich seit einigen Jahren seines Leidens wegen aufgehalten, stirbt Jakob Bopardt im 62. Altersjahre. Mit ihm ist ein Dichter dahingegangen, wie unsere Heimat nur wenige von solcher Gedankenhöhe, Wahrhaftigkeit und Formsicherheit der Darstellung hervorgebracht hat. „Wir sind,“ heisst es in einem Nachruf der Presse, „nicht nur um einen grossen Dichter, vielmehr um einen unbeugsamen Charakter und grundgütigen Menschen ärmer geworden.“

Hier stirbt im 71. Altersjahre Heinrich Runder von Muralt, von 1907 bis 1915 Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank und vordem Direktor der Zürcher Kantonalbank.

20. Im Grossen Stadtrat wird die Motion Gafmann betreffend Aenderung der Verordnung über den Ladenschluss mit 57 gegen 54 Stimmen unter Namensaufruf abgelehnt. Die Aenderung hätte die Erlaubnis zum Offenhalten der Kaufläden statt wie jetzt blos bis 5 Uhr wieder bis 7 Uhr an den Vorabenden vor Ostern und Pfingsten sowie an den Samstagen im Dezember gestatten sollen. Hierauf beginnt der Rat die Behandlung des Voranschlages für 1924.
21. Das Gesundheitsamt erinnert die Einwohnerschaft im Amtsblatt an die gesetzlichen Vorschriften über den Bezug von Wohnungen in Neubauten. Nach dem aus dem Jahre 1893 herrührenden Baugesetz dürfte eine solche Wohnung erst sechs Monate nach Vollendung des Rohbaus bezogen werden. In letzter Zeit sei nun diese Frist allgemein nicht mehr innegehalten worden, was mit Rücksicht auf den herrschenden Wohnungsmangel einigermaßen entschuldbar sei. In Zukunft müsste jedoch jede Uebertretung schon im Interesse der Gesundheit der Mieter geahndet werden.
22. Das statistische Amt berechnet für das laufende Jahr in der Stadt ein Angebot von ungefähr 2000 Wohnungen bei einem voraussichtlichen Bedarf von 1400—1500. Wenn diese beiden Voraussetzungen eintreffen, wäre seit langen Jahren wieder einmal ein Wohnungsüberschuss zu verzeichnen.

Ein Familienvater hatte sich seinerzeit geweigert, seine beiden Kinder, wie eine amtliche Verfügung allgemein es gefordert hatte, impfen zu lassen, und ist dann deswegen vom Statthalteramt mit 60 Franken gebüßt worden, weshalb er gerichtliche Beurteilung durch das Bezirksgericht verlangte. Dieses bestätigte jedoch die Buße, worauf der Beklagte die Berufung an das Obergericht erklärte. Dieses hat nun in seiner heutigen Sitzung wiederum die Verfügung des Statthalteramtes grundsätzlich gutgeheissen, dagegen die Buße von Fr. 60.— auf Fr. 40.— ermässigt und zwar unter Würdigung des Umstandes, daß laut ärztlichem Zeugnis die Impfung für eines der beiden Kinder nicht rätlich gewesen wäre.

Auf 1. März stellen drei Geschäfte im Gemeindebann Wallisellen ihre Tätigkeit endgültig ein: die Konservenfabrik sowie die beiden Spinnereien Herzogenmühle und Rotschild.

23. Die sozialdemokratische Partei der Stadt befaßt sich mit der Frage der Eingemeindung der Vororte Affoltern b. Zch., Albisrieden, Altstetten, Höngg, Seebach, Derlikon, Schwamendingen, Wytikon, Bollikon und Kilchberg zur Stadt.

16. Im Alter von 74 Jahren stirbt Prof. Dr. Ulrich Grubenmann, von 1893 bis 1920 Professor der Mineralogie und Petrographie an der Universität und an der Eidgen. Techn. Hochschule.

Ueber Nacht ist der See völlig zugefroren; die Eisschicht mit einer Dicke von 14 Millimeter ist erst im Laufe des Vormittags gewichen.

17. Nach der Vorlage des Stadtrates sollen die Besoldungen des städtischen Lehrpersonals künftig wie folgt festgesetzt werden: Primarlehrer und Lehrerinnen 5832—8280 Franken, Sekundarlehrer und Sekundarlehrerinnen 6900—9492 Franken. An der Höheren Töchterchule sollen erhalten: die Rektoren 8736—12,840 Franken, Lehrer und Lehrerinnen 6516—10,824 Franken. An der Gewerbeschule: der erste Direktor 9720—13,680, der zweite 8736—12,840 Franken, Lehrer mit abgeschlossener Hochschulbildung oder mit entsprechend künstlerischer Ausbildung 7200—10,800 Franken.

Nach einer sehr stürmisch verlaufenen, längeren Debatte, die sogar zur zeitweisen Aufhebung der Sitzung führte, bewilligt der Kantonsrat mit 138 gegen 81 Stimmen einen Kredit von 120,000 Franken als Beitrag an die Kosten der Vergrößerung des Kunsthauses Zürich.

18. Der Verband ostschweizerischer landwirtschaftlicher Genossenschaften hat letztes Jahr bei einem Warenumsatz von 24,5 Millionen Franken einen Reingewinn von 100,647 Franken erzielt.
19. Der Große Stadtrat beschließt auf Antrag der freisinnigen Fraktion die Wiedererwägung einiger Bestimmungen der Statuten der städtischen Versicherungskasse, hält jedoch an den früher beschlossenen Prämienansätzen wie auch an der Rente von 70 Prozent entgegen den von der Minderheit der Kommission beantragten 60 Prozent fest und genehmigt schließlich die gesamte Vorlage mit 62 gegen 41 Stimmen.
20. Letztes Jahr sind laut Bericht des kantonalen statistischen Bureaus im Kanton 44,620 Hektoliter Wein geerntet worden oder 31 Hektoliter auf die Hektare. Dieser Ertrag bleibt um 50,301 Hektoliter oder um 53 Prozent hinter dem des Jahres 1922 zurück.

Laut dem Geschäftsbericht des zinstragenden Sparhafens für 1923 haben sich die Spareinlagen letztes Jahr gegenüber dem Vorjahr von 466,512 Franken auf 667,412 Franken vermehrt. Die Guthaben der Einleger belaufen sich zur Zeit auf 3,292,002 Franken.

21. Der kantonale evangelische Schulverein erklärt sich aus pädagogischen Gründen sowie aus solchen der persönlichen Freiheit des Lehrers und mit Rücksicht auf die Verfügungsgewalt der Eltern für die Bekenntnisschule.
22. Mittelfst eingehend begründeter Eingabe ersuchen 29 angesehene Bürger den Großen Stadtrat, er möchte bei seiner Beschlussfassung über die künftige Führung der Seestraße auf die völlige Erhaltung des Muraltengutes Bedacht nehmen. „Die Zerstörung des Muraltengutes,“ heißt es darin u. a., „ist keine Verkehrsnotwendigkeit, der

Wille zur Zerstörung ist eine Ausgeburt der Verkehrsüberschätzung und der Unterschätzung ästhetischer Werte.“

24. Der Kantonsrat behandelt den Bericht des Regierungsrates über die weiteren staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot. Die vorberatende Kommission teilt sich in Mehrheit und Minderheit. Diese beantragt, es sei ein Kredit von 500,000 Franken zur finanziellen Unterstützung von Wohnungsbauten zu bewilligen, während jene dem Regierungsrat bloß den Auftrag erteilen möchte, in jedem einzelnen Falle über die Art und Höhe der Subvention zu beschließen. Nach längerer, bewegter Diskussion wird der Antrag der Minderheit mit 109 gegen 101 Stimmen angenommen.
25. Die letztjährige Staatsrechnung ergibt statt des veranschlagten Defizits von 5,4 Millionen Franken einen Vorschlag von 277,000 Franken und eine Abschreibung der aus den Kriegsjahren herrührenden Defizite um 8 statt der veranschlagten bloß 2 Millionen Franken.
26. Der Große Stadtrat bewilligt zunächst der „Baugenossenschaft Hardhof“, die an der Hardturmstraße 34 Einfamilienhäuser im Anlagewert von 875,000 Franken bauen will, ein Darlehen von 175,000 Franken und tritt dann ein in die Beratung der Vorlage über die Korrektur der Seestraße zwischen Muraltengut und „Hirschen“ Wollishofen. Die Beschlussfassung über dieses Traktandum muß jedoch auf die nächste Sitzung vertagt werden.
29. Das kantonale Technikum in Winterthur begeht die Feier seines fünfzigjährigen Bestehens mit einem Festakt in der Stadtkirche und nachherigem Bankett im Kasino.
31. Der Kantonsrat bewilligt vorerst Nachtragskredite für 1923 im Gesamtbetrage von 5,537,327 Franken und setzt dann die Eintretensdebatte über das Gesetz betreffend eine Erbschafts- und Schenkungssteuer fort. Nach längerer Diskussion beschließt er mit 120 gegen 34 Stimmen Eintreten und beginnt sodann die Einzelberatung, ohne jedoch damit zu Rande zu kommen.

Der Stadtrat unterbreitet dem Großen Stadtrat den mit der „Zürich“, allgemeine Unfall- und Haftpflichtversicherungsanstalt, abgeschlossenen Vertrag über die Versicherung der städtischen Lehrer und Schüler gegen Unfall und Haftpflicht. Die Entschädigung beträgt für Volksschüler 1000 Franken im Todesfalle und 5000 Franken bei gänzlicher Invalidität; für Schüler an höheren Schulen 5000, beziehungsweise 20,000 Franken; für Lehrer oder Lehrerinnen 20,000 beziehungsweise 40,000 Franken. Die Prämien betragen jährlich: für Volksschüler 45 Rappen, für Schüler oder Schülerinnen höherer Schulen 1,30 Franken und für Lehrer oder Lehrerinnen 3 Franken.

April:

2. Die Gemeinderrechnung von Winterthur für das Jahr 1923 ergibt statt des veranschlagten Defizits von 600,000 Franken einen Vorschlag von 2,3 Millionen Franken.

Im Großen Stadtrat wird die Debatte über die Führung der Seestraße beim Muraltengut fortgesetzt. Entgegen einem Ordnungsantrag auf Rückweisung der stadträtlichen Vorlage und entgegen andern, von Vertretern des Quartiers Enge gestellten Anträgen wird schließlich der Antrag des Stadtrates mit 82 gegen 11 Stimmen angenommen, d. h. es sollen Verbreiterung und Führung der Seestraße unter Schonung des Muraltengutes erfolgen. Der bisherige Kredit beläuft sich auf 1,370,000 Franken.

3. Laut dem städtischen Wohnungsanzeiger werden zurzeit für unmöblierte Wohnungen folgende Mindest- und Höchstpreise (in Schweizerfranken) verlangt: Zwei Zimmer: Fr. 840—1150; drei Zimmer 1200—1700; vier Zimmer: 1500—5000; fünf Zimmer: 2800 bis 5500; sechs Zimmer: 4200—6500; sieben und mehr Zimmer: 3600 bis 12,000. Die im amtlichen Anzeiger heute veröffentlichten Wohnungsanzeigen füllen kaum eine Fünftelseite des „Tagblattes“ gegenüber zwei bis zwei und eine halbe Seite, wie es in der Vorkriegszeit meist die Regel gewesen.

Für die Stelle des Verwalters der Konsumablage in Jonatal bei Wald melden sich 92 Bewerber.

5. Der Bundesrat ersucht die Bundesversammlung um die Bewilligung eines Kredites von 1,485,000 Franken für den Bau einer Telephonzentrale an der Fühlisstraße.
7. Der Ausschuss für die Veranstaltung internationaler Festspiele in Zürich nimmt dieses Jahr von solchen Aufführungen Umgang; dafür sollen am 16. und 17. Juni zwei Konzerte des Scalaorchesters aus Mailand abgehalten werden.

Die „Sparkasse der Stadt Zürich“ hatte letztes Jahr den bisher größten Zuwachs an Einlagen, indem diese von 30,2 Millionen auf 34,6 Millionen Franken anstiegen.

Das Sechseläuten wird bei ordentlicher Witterung im üblichen einfachen Rahmen, der gleichwohl Tausende stundenlang auf die Straße bannt, abgehalten, während der auf gestern Sonntag angesetzte Kinderumzug Regenwetters halber hat abgesagt werden müssen. Als Novum in der Geschichte des Sechseläutens ist die Anwesenheit einer zwölf Mann starken Abordnung aus Genf zu verzeichnen, wie auch, daß es diesen Eidgenossen welscher Zunge im Kreise der Bünfte, wo sie zu Gäste waren, über die Mäßen gut gefallen soll haben.

9. Die Sitzung des Großen Stadtrates muß wegen der im Raatssaal herrschenden Kälte vorzeitig aufgehoben werden. Der dem Kanton zustehende Hauswart scheint entweder den gestern erfolgten, sehr empfindlichen Temperatursturz nicht gemerkt oder dann die auf heute abend angesetzte Sitzung gänzlich vergessen zu haben.
12. Das Telephonamt veröffentlicht im „Tagblatt“ eine ausführliche, mit Abbildungen versehene Erklärung für die Benutzung der öffentlichen Sprechstationen im Lokalverkehr, die seit einiger Zeit mit automatisch registrierenden Rassen ausgerüstet und daher einem großen Teil des Publikums noch unverständlich seien.

An der Universität beginnt Professor Seidel ein Kolleg über „Die Arbeitsschule als Grundlage der Erziehung und der harmonischen Bildung“.

15. Die Getreideimport-Aktiengesellschaft setzt ihr Kapital von 250,000 auf 25,000 Franken herab.

Zwei deutsche Dienstmädchen erhalten auf ein bloß einmaliges Stellengesuch im „Tagblatt“ das eine 50, das andere 60 Angebote.

Letztes Jahr sind 84 kantonsfremde Schweizerbürger aus dem Kanton ausgewiesen worden, und 34 weitere haben die Androhung auf Ausweisung erhalten.

16. Die letztjährigen Steuereinnahmen der städtischen Zentralkirchenspflege übersteigen den veranschlagten Betrag von 200,000 Franken.

Burzeit streifen in der Stadt die Gipser, Gärtner und Maler, in Winterthur sodann die Arbeiter der dortigen Lokomotivfabrik. Als Ursache wird einerseits die Lohn-, anderseits die Frage der Arbeitszeit genannt.

17. Das etwa 1000 Mitglieder umfassende „Sängerkartell Zürich“ plant den Bau eines Arbeitersporthauses in der Stadt mit einem 6000 bis 10,000 Personen fassenden Saal sowie mit besondern Räumen für Singen, Turnen, Radfahren usw. Innert Jahresfrist soll ein Gründungsfonds von 240,000 Franken aufgebracht werden.

19. Dem Kantonsrat wird von Jean Hirt in Zürich 7 eine Initiative eingereicht zum Zwecke der Bekämpfung der Ueberfremdungsgefahr. Zu diesem Behufe sollten seiner Ansicht nach der Verfassung folgende zwei Artikel beigelegt werden: 1. Ausländer können im Kanton Zürich keinen Grund und Boden erwerben; 2. Der gewerbsmäßige Handel mit Grund und Boden ist im Kanton allgemein verboten.

20. Auf dem Pfäffikersee wird zwischen Pfäffikon, Seegraben und Robenhäusern ein Motorbootverkehr eröffnet.

22. Die Bürozeit der Beamten und Angestellten der kantonalen und der Bezirksverwaltung wird auf 1. Mai festgesetzt wie folgt: Montag bis Freitag 8—12 und 2—6, am Samstag 8—12 Uhr; der Samstag-Nachmittag bleibt frei.

An der Schienhutgasse wird die erste katholische Sekundarschule eröffnet. Sie besteht vorläufig aus einer einzigen Mädchenklasse mit der höchstzulässigen Schülerinnenzahl von 32.

Dem Großen Stadtrat wird von drei Mitgliedern folgende Interpellation eingereicht: „Ist der Stadtrat bereit, von sich aus bis zur endgültigen Regelung durch die Arbeitsordnung den Betrieb der städtischen Straßenbahn am 1. Mai mindestens von 1 bis 6 Uhr nachmittags einzustellen?“

23. Heute wird der Flugpostdienst Zürich-München-Wien wieder aufgenommen.

Die Kirchenpflege Enge macht die Feststellung, daß der Kirchenbesuch, der während des Weltkrieges in erfreulicher Weise zugenommen habe, seither bedeutend zurückgegangen und daß es namentlich die jüngsten Jahrgänge der männlichen Kirchgenossen seien, die der Kirche dauernd fernbleiben.

Dem Großen Stadtrat wird von J. Sigg (soz.) und 19 Mitunterzeichnern folgende Interpellation eingereicht: „Ist der Stadtrat nicht der Meinung, daß die bestehenden Mietverhältnisse dauernde und wirksame Maßnahmen zum Schutze der Mieter gegen ungerechtfertigte Mietzinssteigerungen notwendig machen, und ist er bereit, in nächster Zeit dem Großen Stadtrat, eventuell auch der Gemeinde, solche Maßnahmen vorzuschlagen?“

24. Der Stadtrat beantragt dem Großen Stadtrat die Bewilligung eines Kredites von 200,000 Franken als Beitrag der Stadt an die Kosten des neuen Bahnhofgebäudes in Enge.

25. Im Großen Stadtrat wird die Einführung einer mit den nötigen Befugnissen ausgestatteten Wohnungsinspektion postuliert.

Die Interpellation betreffend Einstellung des Straßenbahnbetriebes am 1. Mai von 1—6 Uhr nachmittags wird vom Stadtrat im ablehnenden Sinne beantwortet.

27. Die Gemeindeversammlung Gorgen beschließt die Erweiterung des Friedhofes und bewilligt hiefür einen Kredit von 80,500 Franken; gleichzeitig bewilligt sie einen weiteren Kredit von 19,000 Franken für einen Straßenbau.

28. Der Verkehrsverein Uster plant die Erstellung einer Hafenanlage am Greifensee bei Niederuster. Die Gesamtkosten sind auf 72,000 Franken veranschlagt.

Die Kirchenpflege von Schwamendingen ersucht die Kirchgemeinde um Gewährung eines Kredites von 34,000 Franken für Erneuerungsbauten an der Kirche.

Der Kantonsrat setzt die Beratung des Gesetzes über die Erbschafts- und Schenkungssteuer fort. Bei § 4 wird auf Antrag von Dr. Schneller beschlossen, daß Ehegatten von der Steuer gänzlich befreit seien. Eine längere Debatte entspinnt sich über den Antrag der freisinnigen Fraktion, es seien auch Kinder und Enkel von der Erbschaftssteuer zu befreien. Ebenso wird § 5, der von weiteren Steuerbefreiungen handelt, zum Anlaß einer breiten Diskussion, ohne daß der Rat dabei mit dem Paragraphen zu Rande käme.

29. Der Verkehrsverein des Töftales nimmt sich vor, dahin zu wirken, daß die eintönigen Frontflächen der Fabriken mit der Zeit etwelchen Blumenschmuck erhalten, damit sie eher mit ihrer landschaftlich anmutigen Umgebung übereinstimmen.

Die Gemeinnützige Gesellschaft des Bezirkes Affoltern beschließt die Veranstaltung von Volkshochschulkursen auf Beginn des nächsten Winters.

30. Im Großen Stadtrat wird die Begründung der Interpellation Sigg durch den Interpellanten angehört und diese vom Stadtrat entgegengenommen in der Meinung, daß deren Beantwortung erst erfolgen könne, wenn der Bescheid des Regierungsrates über die staatliche Subvention von Wohnungsbauten eingetroffen sei. Ebenso mit Vorbehalt wird eine Motion angenommen, die den Stadtrat zur Abhilfe des im städtischen Pfrundhauses herrschenden Platzmangels auffordert.

Mai:

1. Wegen seiner in amtlicher Stellung begangenen Unterschlagung im bis heute feststellbaren Betrage von 18,000 Franken wird der Sekretär des städtischen Amtes für Arbeitslosenfürsorge auf Veranlassung des Stadtrates hin verhaftet.
2. Die kantonsrätliche Kommission zur Vorberatung des Antrages betreffend Verminderung der Mitgliederzahl des Kantonsrates beschließt, es sei diese auf 200 statt wie bisher auf 257 festzusetzen; dagegen sollen die Wahlen künftig auf Grund der Gesamtbevölkerungszahl erfolgen und nicht mehr wie seit 1893 bloß gestützt auf die Zahl der wohnhaft anwesenden Schweizerbürger.
4. Die Gemeinde Derlikon feiert die Einweihung ihres neuen, mit einem Kostenaufwand von 1,484,000 Franken erbauten Sekundarschulhauses mit einem farbenreichen Festzug der Schülerschar und nachfolgendem Festanlaß für die Erwachsenen.

Die Gemeindeabstimmung von Winterthur bewilligt mit großem Mehr für je eine Turnhalle in Seen und in Wülflingen zusammen 450,000 Franken, sowie für den Umbau einer Straße in Töß 248,000 Franken.

Im Neumünsterschulhaus wird eine kommunistische Sonntagschule eröffnet.

5. Der städtische Lehrerkonvent spricht sich für die Ausdehnung der Spielübungen auch im Winterhalbjahr aus und empfiehlt sodann einen noch weiter ausgedehnten Schwimmunterricht, sowie die allgemeine Einführung leichtathletischer Übungen und der Parteispiele auf der obersten Stufe der Volksschule.
6. Der Große Gemeinderat von Winterthur beschließt die Förderung des Baues von 40 Einfamilienhäusern durch Uebernahme der zweiten Hypothek und bewilligt sodann 125,000 Franken für Straßenbauten.
7. Das auf der Durchreise befindliche rumänische Königspaar wird im Namen des Bundesrates von einer Abordnung des Regierungsrates und von drei dazu befohlenen Offizieren im Hauptbahnhof begrüßt.
Die kantonale Polizeidirektion erläßt an die Statthalterämter, Gemeinderäte und örtlichen Polizeistationen ein Kreisschreiben betreffend Berichterstattung über Vermißte und aufgefundene Leichen.
In voller körperlicher und geistiger Rüstigkeit begeht Professor Andreas Baumgartner seinen 80. Geburtstag. Die philosophische Fakultät I der Universität ehrt ihn in Anerkennung seiner großen Verdienste um den Unterricht in den neuen Sprachen mit der Ernennung zum Ehrendoktor.
8. Weil sie das zürcherische Sekundarlehrerpatent nicht besitzen, wird den zwei an die neuerrichtete, katholische Sekundarschule in der Stadt gewählten Lehrerinnen die Ausübung des Lehramtes vom Erziehungsrat nur provisorisch bewilligt.
12. Nach achtwöchiger Dauer geht der Malerstreik heute zu Ende, nachdem schon vorher ein großer Teil der Streikenden die Arbeit hier oder auswärts wieder aufgenommen hat.

Der Kantonsrat besetzt sein Präsidium neu wie folgt: Präsident: Statthalter Weidmann (freis.), in Affoltern a. A.; erster Vizepräsident: Stadtrat Bernhard Kaufmann (soz.); zweiter Vizepräsident: Stadtrat Hans Kern (dem.). Im weiteren Verlaufe der Sitzung beantwortet Regierungsrat Tobler eine kommunistische Interpellation betreffend Innehaltung der Gesetzesvorschriften über Sonntagsruhe und Arbeiterschutz auch während andauernden Arbeitskonflikten dahin, daß Ausnahmen nur bei Notfällen und auch dann bloß einzeln, nie aber allgemein bewilligt würden.

13. Emil Wismer, Packer der Firma J. und A. Biedermann & Co., in Wetzikon, begeht sein 50jähriges Dienstjubiläum in voller geistiger und körperlicher Müdigkeit.

Herrliberg bewilligt einen Kredit von 170,000 Franken für den Bau eines Gemeindehauses.

Burzeit sind im Kanton 95 Lehrer und 183 Lehrerinnen ohne Stelle.

15. Die städtische Gemeinderrechnung für das Jahr 1923 schließt im ordentlichen Verkehr bei 65,7 Millionen Franken Einnahmen und 54,1 Million Franken Ausgaben mit einem Vorschlag von über 11,5 Millionen Franken ab. Der Voranschlag rechnete, zusammen mit den Nachtragskrediten, mit einem Rückschlag von 816,000 Franken. Das günstige Ergebnis ist vor allem dem Ertrag der Steuern zu verdanken, indem diese statt der veranschlagten 23,7 Millionen Franken 33,6 Millionen Franken ergaben.

Der Große Stadtrat bestellt sein Präsidium aus Dr. ing. Hermann Bertschinger (freis.), Präsident; Bezirksanwalt J. Heuser (soz.), erster Vizepräsident, und Lehrer Jakob Böhler (dem.), zweiter Vizepräsident. Sodann gewährt der Rat den Bundesbahnen an die Kosten des neuen Bahnhofgebäudes in Enge einen Beitrag von 200,000 Franken.

16. Die Handelskammer Zürich begeht im kleinen Tonhalleaal die Feier ihres fünfzigjährigen Bestandes.
18. In der Gemeindeabstimmung werden alle Vorlagen angenommen: Der Kreditantrag von 1,4 Millionen Franken für den Ausbau der Seestraße mit 23,058 gegen 4,439 Stimmen, die Verlegung der Station Wiedikon mit 17,741 gegen 9,989 und die Abänderung der Statuten der Versicherungskasse mit 17,707 gegen 10,755 Stimmen.
19. In ihrer Zuschrift an die Zürcher Handelskammer teilt die Kreispostdirektion Zürich unter anderm mit, daß das Projekt eines Post- und Verwaltungsgebäudes auf dem Beatenplatz nach der Ansicht der Generaldirektion der Bundesbahnen endgültig fallen gelassen werden müsse zu Gunsten einer Neubaute jenseits der Sihl in tunlichster Nähe der Geleiseanlagen. Hierfür seien bereits Studien im Gange, sodaß nächstens die Verhandlungen mit dem Stadtrat aufgenommen werden können.

Der Kantonsrat beschäftigt sich in der Hauptsache mit der Verordnung über die Amtsstellung und Besoldung der kantonalen Beamten und Angestellten. Nach längerer Diskussion wird die Verordnung

mit 119 gegen 86 Stimmen angenommen. Danach werden die Besoldungsansätze in 12 Klassen eingeteilt, mit jeweiliger Angabe des Mindest- und Höchstbetrages, welcher letzterer in allen Klassen nach 12 Dienstjahren erreicht wird. Die Skala beginnt in der ersten Klasse mit 3480 Franken Minimum und erreicht in der zwölften Klasse ein Maximum von 12,720 Franken.

20. Die philosophische Fakultät II der Universität ernennt Professor Scherrer in Rüschnacht anlässlich seines 70. Geburtstages in Anerkennung seiner Verdienste um die mathematischen Wissenschaften und seiner Tätigkeit am Lehrerseminar zum Ehrendoktor der Philosophie.
21. Die Firma A. G. Karl Weber, zur „Schleife“ in Winterthur, beschäftigt unter andern nicht weniger als zwölf Arbeiter, die alle dieser Tage das Jubiläum ihrer fünfzigjährigen Anstellung begehen konnten.

Der Große Stadtrat befaßt sich mit der Abänderung der Artikel 168 bis 178 der Gemeindeordnung betreffend die Lehrerbefoldungen. Nachdem im Juni 1923 die Befoldungen des städtischen Personals im Sinne einer mäßigen Herabsetzung erfolgt ist, müssen nun auch die Befoldungen des Lehrpersonals in gleicher Weise neu festgesetzt werden. Mit 75 gegen 9 Stimmen entscheidet sich der Rat gemäß dem Antrag seiner Kommission für eine Herabsetzung um 4,63 Prozent, während der Stadtrat 5,5 Prozent vorgeschlagen hatte. Die so beschlossenen Ansätze lauten: Arbeits- und Haushaltungslehrerinnen 4200—6216 Franken; Primarlehrerschaft 5832 bis 8280 Franken; Sekundarlehrerschaft 6900 bis 9492 Franken; Kindergärtnerinnen 4032 bis 5184 Franken. — Schließlich wird der Stadtrat auf dem Wege einer von Nobis und Mitunterzeichnern gestellten Motion eingeladen, Bericht und Antrag einzubringen über eine Herabsetzung der Werktagen, besonders aber des Gaspreises und zwar spätestens auf 1. Oktober laufenden Jahres.

24. In der Zentralbibliothek wird eine Ausstellung „Alt Zürich“ eröffnet. Sie umfaßt rund 600 Zeichnungen, Aquarelle, Stiche und Lithographien aus vier Jahrhunderten, die zusammen ein aufschlußreiches Bild geben von dem ehemaligen Aussehen zahlreicher Häuser, Straßen und Plätze der Stadt. Daß diese ihr einstiges Gesicht vielfach fast ganz verändert hat, mag ja vielen vorher schon bekannt gewesen sein; wie diese Aenderung indessen häufig zu einer Entstellung ins Charakterlose und Nüchterne geführt hat, darüber läßt die Ausstellung aber auch gar keinen Zweifel aufkommen.

Der Regierungsrat nimmt zur Konversion, beziehungsweise zur Rückzahlung des am 15. Juni fälligen 4-prozentigen Staatsanleihe von 20 Millionen Franken sowie für die Erhöhung des Grundkapitals der Kantonalbank um 5 Millionen Franken ein Anleihen auf von 25 Millionen Franken zu 5 Prozent, zum Kurs von 97.

26. Der Kantonsrat wählt vorerst Dr. jur. H. Däniker, Vizedirektor der Schweizerischen Kreditanstalt, zum Direktor der Hypothekarabteilung der Kantonalbank und fährt sodann fort mit der Behandlung der Befoldungsverordnung, Abschnitte Bezirksgerichte und Notariate.

In Lausanne, wo er seit 1912 wohnhaft gewesen, stirbt Bundesrichter Viktor Häuser, von Wädenswil, im Alter von 57 Jahren. Der Verstorbene wurde 1899 zum Mitglied des zürcherischen Obergerichtes gewählt, welchem er bis zu seiner Wahl in das Bundesgericht angehört hat, sowie auch während derselben Periode dem Kantonsrat.

27. Die Vereinigung schweizerischer Impfschwang-Gegner hält in der Stadthalle eine öffentliche Versammlung ab zum Protest gegen den Impfschwang.

Am selben Tag, beinahe zur nämlichen Stunde stirbt in Unterstrass, wo er 51 Jahre lang an der Primarschule tätig gewesen, Lehrer Johannes Gisler im Alter von 75 Jahren, sowie seine fünfzig Jahre mit ihm verbunden gewesene Ehegattin Frau Emilie Gisler, geb. Staub, im Alter von 76 Jahren.

30. Der Bundesrat bewilligt dem Stadtrat die Betriebseinstellung der Strassenbahnstrecke Paradeplatz-Helmhaus, die daher nächster Tage abgebrochen werden dürfte.
31. Heute findet die Einweihung des elektrischen Betriebes der Sihltalbahn statt. Die Freude der Bevölkerung über die neue Betriebsweise gibt sich der ganzen Linie entlang kund durch gefälligen Schmuck der Wohnhäuser und der Stationsgebäude, sowie durch frischen, frohen Kindergesang. Im Sihlwald sodann wird unter schattigen Bäumen, wo für 150 Teilnehmer gedeckt ist, ein Festessen aufgetischt, in dessen Verlauf mehrere Tischredner die Genugtuung über das gelungene Werk sowie den Dank der Sihltalbevölkerung zum Ausdruck bringen.

Juni:

1. Im Alter von 55 Jahren stirbt Nationalrat Karl Stoll, Zentralsekretär des schweizerischen kaufmännischen Vereins.
2. Der elektrische Betrieb der Sihltalbahn wird eröffnet.
4. In der Lokalpresse des Bezirkes Dielsdorf wird gemeldet, es gebe daselbst eine kleine Zivilgemeinde, aus der jährlich zwar bloß 150 Fr. an Vermögenssteuer, dafür aber 450 Franken an Hundesteuern bezahlt würden.
5. Die Bahngesellschaft Zürich-Metliberg hat in ihren ersten 16 Betriebsmonaten 200,000 Personen befördert. Die letztjährige Betriebsrechnung schließt bei 271,343 Franken Einnahmen mit einem Ueberschuß von 31,556 Franken, der eine Dividende von 6 Prozent gestattet.
6. Hier bildet sich eine Gruppe der neuen schweizerischen Hochschülervereinigung für den Völkerbund, die den Völkerbundsgedanken in der Studentenschaft zu verbreiten strebt.

Altstetten erzielte letztes Jahr in der Gemeinderechnung einen Ueberschuß von 59,000 Franken, infolgedessen die staatliche Vormundschaft aufgehoben wird.

Letztes Jahr sind im Kanton 12,703 Hunde besteuert worden, was eine Einnahme von 328,496 Franken einbrachte, wovon 181,387 Franken den Gemeinden zugefallen sind.

An der Universität wirken zurzeit 65 ordentliche, 15 außerordentliche und 10 Honorarprofessoren, 76 Privatdozenten und 13 Inhaber von Lehraufträgen. — Die Zahl der Studierenden beträgt 1610, die der Auditoren 574, zusammen 2184 gegenüber 2361 im letzten Sommersemester.

7. Im Alter von nahezu 80 Jahren stirbt Buchdruckereibesitzer Arnold Bopp von Zürich und Unterhallau. Noch am vorletzten Tage seines langen, arbeitsreichen Lebens war er in seinem Geschäft tätig. Ihm und seiner Initiative namentlich ist es zu danken, daß das infolge des Weltkrieges 1920 eingegangene „Zürcher Taschenbuch“ wieder einen Verleger gefunden und sodann Dank seines Entgegenkommens und seiner Rührigkeit auch an Ansehen und Verbreitung beträchtlich gewonnen hat.

9. Nach zehnwöchiger Dauer wird der Gipserstreik für beendet erklärt und zwar infolge der zwischen Meistern und Arbeitern eingetretenen Verständigung. Der Stundenlohn der Gipser beträgt nunmehr mindestens Fr. 2.10, für Handlanger Fr. 1.45, außerdem beziehen jene während der Ferien 2 Prozent des Jahreslohnes.

Die direkte Telephonlinie Zürich—Danzig wird dem Betrieb übergeben. Ein Dreiminutengespräch kostet 11,40 Franken.

12. In Wegikon, wo, wie übrigens anderwärts im Oberland, die Maikäfer besonders verheerend aufgetreten sind, haben einzelne Personen für das Einsammeln der Schädlinge 100—300 Franken an Entschädigung bezogen.

13. Die Konversionsanmeldungen für das neue, fünfprozentige Staatsanleihen von 25 Millionen Franken erreichen bis heute den Betrag von 17 Millionen Franken; außerdem sind freie Zeichnungen in einem Umfang eingegangen, daß sie wesentlich beschränkt werden müssen.

14. Von der zürcherischen Landeskirche sind letztes Jahr 6258 Kinder getauft, 6709 konfirmiert und 2413 Ehen eingesegnet sowie 4333 Tote bestattet worden.

Der Stadtrat beantragt dem Großen Stadtrat zu Handen der Gemeinde die Bewilligung eines Kredites von 2 Millionen Franken zur Unterstützung des Baues billiger Wohnungen für weniger bemittelte, kinderreiche Familien.

16. Im Amtshaus IV wird für die Dauer von zehn Tagen eine Ausstellung von Handarbeiten reformierter und evangelischer Frauenvereine von Budapest abgehalten.

17. Der regelmäßige Luftverkehr London=Paris=Basel=Zürich wird eröffnet.

19. Hier bildet sich ein Hilfsbund zur Fürsorge für Flüchtlinge aller Länder.

Der Fußballklub Young Fellows Zürich nimmt ein 5½-prozentiges Anleihen von 20,000 Franken auf zur Deckung der Restschuld für seinen neuen Sportplatz Förrlibuck, dessen Anlage 300,000 Fr. gekostet hat.

20. In der Stadt wird eine Vereinigung gegründet zur Verteidigung der schweizerischen Wirtschaftsinteressen gegenüber den Gefahren des Einfuhrverbotes sowie für eine planmäßige Aufklärung der Öffentlichkeit.

Der Stadtrat von Winterthur ersucht den Großen Gemeinderat um einen Kredit von 39,000 Franken für die Umgestaltung der großen Reithalle an der Zeughausstraße zu einer ständigen Ausstellungshalle für Märkte und Versammlungen; sodann verlangt er einen weiteren Kredit von 88,000 Franken zur Anlage eines Urnenhains beim Krematorium.

Im Kasino Außer Roth findet eine von der sozialdemokratischen Partei der Stadt sowie von der hiesigen Sektion der tessinischen sozialdemokratischen Partei veranstaltete, von rund 1000 Personen besuchte Versammlung statt zum Protest gegen den in Rom an dem italienischen Parteigenossen Matteotti begangenen Mordmord. Als Redner sprechen die Nationalräte Grimm von Bern und Zeli von Bellinzona.

21. Elisabeth Liedtke von Nürnberg, geb. 1900, erhält für die Rettung eines kleinen Knaben aus dem Schanzengraben, am 3. Juni, die silberne Verdienstmedaille der Stadt.
23. Der Regierungsrat erläßt eine neue Verordnung über das Lotteriewesen, das Spiel um Geld und das gewerbsmäßige Wetten im Sinne einer Beschränkung dieser Veranstaltungen. Besonders beachtenswert darin ist der Abschnitt über das Wetten bei Pferderennen mit darauf bezüglichen Strafbestimmungen.
24. Der Stadtrat verlangt vom Großen Stadtrat einen Kredit von 177,000 Franken für den Ausbau der Witikonstraße vom Alusplatz bis zur Kapfstraße. Ein weiterer Kredit von 175,000 Franken wird verlangt für die Verlängerung der Scheuchzerstraße zwischen Röslistraße und Eisernem Zeit.
25. An den beiden Hochschulen wird ein jüdischer Studentenverein gegründet. Er will sich von jeder Art Politik zurückhalten und nur die allgemeinen Interessen seiner Angehörigen wahren.

Die sozialdemokratische Fraktion des Großen Stadtrates ersucht auf dem Wege der Motion um den beförderlichen Erlaß einer Vorlage, die für die Zeit von der Aufhebung der eidgenössischen Arbeitslosenunterstützung an bis zum Inkrafttreten der städtischen Versicherung gegen Arbeitslosigkeit den Arbeitslosen aller Berufsarten eine Unterstützung in der Höhe und nach den Grundsätzen des Bundesratsbeschlusses sichert, wie sie bis zum 18. Mai 1923 bestanden haben.

Im Großen Stadtrat wird die Motion Nobs vom Stadtrat entgegengenommen, die ihn ersucht, Bericht und Antrag einzubringen, ob nicht in Anbetracht des günstigen Rechnungsabschlusses für 1923 so rasch als möglich, spätestens jedoch auf 1. Oktober, eine angemessene Herabsetzung der Werktagen, insbesondere des Gaspreises, eintreten soll.

Die Gemeinderechnung von Gorgen für das Jahr 1923 ergibt 1,077,810 Franken Einnahmen und 1,146,128 Franken Ausgaben, somit einen Ueberschuß an Leibern von 68,317 Franken.

26. Das „Neue Winterthurer Tagblatt“ und der „Landbote“ eröffnen eine Gabensammlung zu Gunsten der Hinterbliebenen des beim neulichen Brand der Neumühle Töb infolge seiner mutigen Hilfsbereitschaft ums Leben gekommenen Maurers Gustav Egli.

Winterthur hat gegenwärtig 50,252 Einwohner oder 781 mehr als im selben Zeitpunkt des Vorjahres.

Das Kilo Erdbeeren kostet jetzt Fr. 1.60, Kochbutter Fr. 4.40.

Der Stadtrat unterbreitet dem Großen Stadtrat seinen Bericht über die Förderung des Baus von Wohnhäusern. Danach hat die Stadt in den Jahren 1918 bis Ende 1921 in größeren Kolonien 704 Wohnungen mit einem Kostenaufwand von 16,6 Millionen Franken erstellt. Sodann haben Bund und Kanton den Bau von weiteren 561 Wohnungen unterstützt durch Gewährung von Subventionen im Betrage von 3,655,000 Franken, sowie durch Gewährung von Darlehen im Betrage von 4,839,297 Franken. Zur Zeit, fährt der Bericht fort, leiden besonders kinderreiche Familien der Arbeiterklasse empfindlich unter dem Wohnungsmangel. Der Stadtrat beantragt daher die Belehnung an Genossenschaften, die den Bau von billigen Wohnungen sich zur Aufgabe machen, von 85 auf 95 Prozent zu erhöhen. Sodann schlägt er die Gründung einer „Stiftung Wohnungsfürsorge für kinderreiche Familien“ vor mit einem Fonds von 1½ Millionen Franken.

Zuhanden der Gemeinde beantragt der Stadtrat dem Großen Stadtrat den Bau eines Doppelwohnhauses mit fünf Wohnungen, eines Remisengebäudes und Geräteschuppens an der Hochstraße, sowie eines Lagerplatzes für das Straßeninspektorat im Kostenbetrage von 505,000 Franken.

Zum Hauptmann der Kantonspolizei und damit zum Chef des Polizeikorps wird Dr. jur. Jakob Müller, geb. 1885, bisheriger Oberleutnant des Korps, gewählt.

27. Der Stadtrat von Winterthur ernennt einen Ausschuss von Sachverständigen des Feuerwehrewesens mit der Untersuchung darüber, ob und inwieweit die Tätigkeit der Feuerwehr beim Brand der dortigen Neumühle, dem ein Menschenleben und Sachwerte im Betrage von einer Million Franken zum Opfer fielen, zu beanstanden sei.

Kilchberg erstellt eine öffentliche Anlage am See im Kostenbetrage von 61,000 Franken.

Die letztjährige Staatsrechnung ergibt statt des veranschlagten Defizits von 5,439,828 Franken im ordentlichen und von 4,677,412 Franken im außerordentlichen Verkehr einen Vorschlag von 3,315,524 Franken. Dieses unerwartet günstige Ergebnis rührt in der Hauptsache her von 15,9 Millionen Mehreinnahmen gegenüber dem Veranschlag, wovon 7,9 Millionen direkte Steuern, die sich seit 1918 mehr als verdoppelt haben.

28. Dem Kantonsrat reichen 29 Mitglieder folgende Interpellation ein: „Ist dem Regierungsrat bekannt, daß in der Verfügung der Finanzdirektion vom 24. Februar 1924 über den Steuerbezug eine Weisung enthalten ist, wonach bei Wohnortswechsel die Ausweisschriften erst nach Vorweis der Quittung über bezahlte Staats- und Gemeinde-

steuern ausgingegeben werden dürfen? Ist der Regierungsrat gewillt, die Finanzdirektion zu veranlassen, diese Verfügung, die eine traffe Verletzung der Bundesverfassung darstellt, unverzüglich zu revozieren?"

29. Die Kirchgemeinde Wiedikon wählt nach einem harten und erbittert geführten Kampf bei 721 Anwesenden mit 620 gegen 57 Stimmen Pfarrer Robert Epprecht in St. Gallen zu ihrem Geistlichen.
30. Das Muraltengut, um dessen Bestand im Großen Stadtrat lebhaft diskutiert wurde, ist von Martin Bodmer im Freudenberg käuflich erworben worden, so daß seine Erhaltung nunmehr gesichert ist.

Juli:

1. Eine im Volkshaus abgehaltene Versammlung von Mietern in städtischen Wohnhäusern erhebt Einsprache gegen die vom Finanzvorstand verfügte Zinssteigerung und erteilt einer Abordnung den Auftrag zur Verhandlung mit dem Stadtrat im Sinne der Aufhebung obiger Verfügung; auch sollen die Vorstände der politischen Parteien im selben Sinne im Großen Stadtrat vorstellig werden.
2. Das Bundesgericht beantwortet die Beschwerde eines Steuerpflichtigen, dem die hiesige Steuerbehörde den Steuerabzug für erlittenen Kapitalverlust nicht bewilligt hatte, in ablehnendem Sinne.
4. Der Stadtrat verlangt einen Kredit von 60,000 Franken für die Verbesserung der Anlage vor der Westseite des Hauptgebäudes der eidg. Technischen Hochschule mit der Begründung, die eidgenössische Bau- und Direktion könne nicht auch noch für diese, wenn auch verhältnismäßig kleine, Ausgabe aufkommen, indem der für die Erweiterung des Hauptgebäudes von der Bundesversammlung seinerzeit in zwei Malen bewilligte Gesamtkredit von 15,800,000 Franken ohnehin bloß für die Deckung der unerläßlichen Bauausgaben ausreiche.
In den Weinreben von Nefenbach vernichtet ein heftiges Hagelwetter die Hälfte des erwarteten Ertrages.
5. Vier Mitglieder des Großen Stadtrates reichen eine Interpellation ein, worin sie den Stadtrat fragen, welche Beweggründe ihn veranlaßt hätten, den Bewohnern der städtischen Miethäuser auf dem Rebhügel in Wiedikon die Mietzinse auf den 1. Oktober zu erhöhen, und ob er bereit sei, diesen Beschluß unter Würdigung des Gemeindebeschlusses vom 1. September 1918 betreffend den Bau oben erwähnter Wohnkolonie rückgängig zu machen.

Der Stadtrat verlangt von der Gemeinde einen Kredit von Fr. 315,000 für den Ausbau der Kreuzbühlstraße zwischen Mühlebach- und Merkurstraße. Die Fahrbahn soll von 7 auf 9 Meter verbreitert, außerdem auf der Talseite ein zweites Trottoir von 2½ Meter Breite erstellt werden.

Der Studentengesangsverein begeht die Feier seines 75-jährigen Bestandes mit einem Festkonzert in der Tonhalle und einem darauffolgenden großen Festkommers im Saal „zur Kaufleuten“. Eine von Dr. Otto Zürcher in Baden verfaßte Jubiläumsschrift unterrichtet

Aktive und Alte Herren in launiger Weise über das Vereinsleben während der vergangenen 75 Jahre.

6. Die Gemeindeversammlung Bollikon lehnt mit 106 gegen 52 Stimmen die Einführung der geheimen Stimmabgabe in Gemeindefachen ab.

Die Gemeinderrechnung von Derlikon ergibt für 1923 bei Franken 1,302,585 Ausgaben einen Uberschuß der Einnahmen von 69,045 Fr.

7. Im Auftrag der Erziehungsdirektion fordert der Vorsteher des Jugendamtes die Behörden und Lehrerschaft der Volksschule auf zur Bekämpfung des Klame-Unfuges, wie er in letzter Zeit in fast sämtlichen Gemeinden sich breit gemacht habe. Im übrigen behalte sich die Erziehungsdirektion weitere Maßnahmen vor gegen alle, die glauben, die Schule zu Klamezwecken mißbrauchen zu dürfen.

Der Kantonsrat setzt die Beratung der Besoldungsverordnung fort. Mit 114 gegen 97 Stimmen wird entgegen dem Antrag der Kommissionsminderheit hinsichtlich der Gratifikationen nach 25-jähriger Dienstzeit beschlossen, daß hierüber gesetzlich nichts festgelegt werden, sondern daß es dem Regierungsrat überlassen bleiben soll, ob und in welchem Betrage er solche Gratifikationen ausrichten wolle. Hierauf werden folgende Besoldungen festgesetzt: für Mittelschullehrer 7960 bis 11,500 Franken in Zürich und 7,940 bis 11,300 in Winterthur und Rüschlikon. Dagegen wird im Einverständnis mit dem Regierungsrat davon Umgang genommen, die Besoldungen der Professoren an der Universität ebenfalls herabzusetzen; sie bleiben demnach im bisherigen Betrage bestehen, nämlich für ordentliche Professoren 12,000 bis 16,000 Franken; für außerordentliche 8800 bis 12,000 Franken.

Im weiteren Verlauf der Sitzung reicht Reithaar (soz.) eine Motion ein, womit der Regierungsrat eingeladen wird, zu prüfen, ob nicht der Einfluß des schweizerischen Banksyndikates auf dem Anlehensmarkte einzuschränken sei und ob nicht die Kantonalbank gemäß ihrer Zweckbestimmung aus diesem Syndikat austreten soll.

8. Ein schweres Hagelwetter richtet in den oberen Gemeinden des rechten Seeufers an sämtlichen Kulturen, besonders aber an Reb- und Obstbäumen, großen Schaden an.
9. In der Neumünsterkirche wird durch die Einführung von Hörmuscheln dafür gesorgt, daß auch Schwerhörige dem von der Kanzel aus gegebenen Gottesdienst zu folgen vermögen.

Der Große Stadtrat bewilligt zunächst gemäß stadträtlichem Antrag 60,000 Franken für die Verbesserung der Anlage vor dem Hauptgebäude der Eidgen. Technischen Hochschule. Sodann beschließt er zu Handen der Gemeinde die Gründung einer Stiftung „Wohnungsfürsorge für kinderreiche Familien der Stadt“ mit einem Fonds von 1,400,000 Franken, ferner einen Kredit von 600,000 Franken zur Förderung des Wohnungsbaues im allgemeinen, sowie je einen weiteren Kredit von Fr. 315,000 für die Verbreiterung der Kreuzbühlstraße und 510,000 Franken für den Bau von Dienstgebäuden an der Hochstraße.

Auf Rigikolm, wo er seine Sommerferien zu verbringen gedachte, stirbt im 86. Lebensjahr Graveur Franz Burkhart von Zürich, einer

oder wohl der letzte Vertreter altbürgerlichen Kunsthandwerks. In vielen Häusern der Stadt, aber auch weiter herum, hängen feine nach eigener Methode gravierten, dauerhaft schönen Wappentafeln, zur Freude aller Verehrer guter Gravierarbeit.

Die Allgemeine Baugenossenschaft Winterthur beabsichtigt den Bau von 42 Dreifamilienhäusern mit 162 Wohnungen. Jedes Haus soll nicht mehr als 42,000 Franken kosten, wovon erst noch zehn Prozent als Subvention in Abzug kommen sollen. Die Dreizimmerwohnung käme so auf 850, die Vierzimmerwohnung auf 870 und die Fünzimmerwohnung auf 980 Franken zu stehen.

11. Die Straßenbahndirektion verkündet der Bevölkerung eine auf den 14. Juli in Kraft tretende wesentliche Verbesserung des Fahrplanes. Namentlich der Spätdienst, der infolge der durch den Krieg veranlassenen Sparmaßnahmen eine Reihe von Jahren hindurch viel zu wünschen übrig lassen mußte, soll nun wieder derart verbessert werden, daß von abends 10 Uhr an statt des 12-Minuten- der 10-Minutenverkehr eingeführt wird, der überdies überall da, wo eine Linie von zwei Kursen befahren wird, in Wirklichkeit ein 5-Minutenbetrieb sein wird.

Der Große Stadtrat nimmt mit 55 gegen 34 Stimmen die Motion Brandenberger an, womit der Stadtrat eingeladen wird, eine Vorlage zu unterbreiten über die Unterstützung der Arbeitslosen für die Uebergangszeit zwischen der Aufhebung der Arbeitslosenunterstützung durch den Bund und dem Inkrafttreten der städtischen Arbeitslosenversicherung. Sodann nimmt der Rat mit 58 gegen 15 Stimmen die Verordnung an über die obligatorische Unfall- und Haftpflichtversicherung der Schüler und Lehrer an den städtischen Schulen sowie mit 48 gegen 46 Stimmen die Uebernahme der Prämien durch die Stadt.

Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, das Volksbegehren um Bewilligung der Ausübung der Zahnheilkunde durch patentierte Zahntechniker, wofür 9816 gültige Unterschriften eingereicht worden sind, den Stimmberechtigten zur Verwerfung zu empfehlen.

12. Thalwil plant die Erstellung einer Wasserleitung aus dem aargauischen Reufltal, wo aus dem Grundwasserstrom in etwa 11 Meter Tiefe 3000—4000 Minutenliter sollen gepumpt werden können. Die projektierte Hauptleitung soll bis zu 10,000 Minutenliter fassen können. Die Kosten sind auf 2 Millionen Franken veranschlagt.

Im Großen Stadtrat wird eine Motion eingereicht, womit der Stadtrat eingeladen wird, die beschlossene Mietzinssteigerung für Mieter in städtischen Wohnungen, die zwei und mehr Kinder und ein Einkommen von 5000 Franken oder weniger haben, aufzuheben.

Letzte Nacht sind zwischen zwei und drei Uhr in Albisrieden drei mächtige Lagersehuppen einer Großhandlung von Hader und Altmetall, die eine Fläche von 12,000 Quadratmeter bedeckten, vollständig niedergebrannt. Der Schaden soll einige Hunderttausend Franken betragen.

14. Als offizielles Organ der Radiogenossenschaft Zürich beginnt „Das Radioprogramm“ sein Erscheinen. Es soll seinen Lesern neben dem

hiesigen auch die übrigen europäischen Sendeprogramme zur Kenntnis bringen und außerdem sie über alle Fragen der Radiotechnik unterrichten.

In Illnau stirbt im Alter von 63 Jahren Dekan Robert Epprecht, von Zürich, seit 1894 Pfarrer daselbst.

15. In der Presse wird dem Thalwiler Wasserversorgungsprojekt (Zuleitung aus dem Reuſſtal) von wissenschaftlich-technischer Seite entgegengehalten, daß hygienisch das Wasser aus dem Zürichsee mindestens ebenso einwandfrei wäre wie dasjenige aus dem Reuſſtal, außerdem aber dessen Zuleitung nach Thalwil zehnmal billiger zu stehen käme als jenes Projekt.
16. Von den kirchlichen Behörden der Stadt sowie von Vertretern der theologischen Fakultät der Universität wird eine Abordnung amerikanischer Hugenotten empfangen, die die wichtigsten geschichtlichen Stätten der kalvinistischen Reformation in Europa zu besuchen gedenkt.
18. Winterthur hat zur Zeit 24,400 Steuerpflichtige, die 476,125,800 Franken Kapitalsteuer und 97,963,500 Franken Einkommen versteuern.

Das Obergericht verurteilt einen Landwirt aus dem Oberland wegen fortgesetzter Milchpantſcherei zu zwei Tagen Gefängnis und 200 Franken Buße.

20. Im Alter von 80 Jahren stirbt Theodor Wassermann, der Jahrzehnte lang als Stadtkassier im Amte gestanden und dessen Interesse getreulich gewahrt hat.
21. Der Zürcher Kirchenrat beauftragt Pfarrer Eppler am Großmünster mit der Abfassung einer Schülerbibel. Darin soll zwar die Anordnung der biblischen Bücher beibehalten, der Stoff jedoch in kurze Abschnitte mit treffenden Überschriften eingeteilt werden. Sodann soll diese Kinderbibel völlig neutral sein und sich doch eng an den Bibeltext anlehnen.

Die Staatsrechnung für 1923 ergibt bei 87,471,901 Franken Einnahmen und 87,194,049 Franken Ausgaben einen Vorschlag von 277,852 Franken. Der Voranschlag sah ein Defizit von 5,439,828 Franken voraus; ferner wurden für 5,660,252 Franken Nachtrags- und Sondercredite bewilligt, so daß sich das Rechnungsergebnis um 11,377,932 Franken günstiger stellt als nach dem Voranschlag vorauszusehen war. Dieses günstige Ergebnis ist in der Hauptsache den Mehreinnahmen an Steuern zu verdanken, indem statt der veranschlagten 32,310,000 Franken deren 45,748,000 Franken eingingen.

Die neue dermatologische Klinik, deren Bau in der Volksabstimmung vom 2. April 1922 mit 68,000 gegen 35,000 Stimmen bewilligt worden ist, wird dem Betrieb übergeben. Nach Aussagen Sachverständiger stellt sie eine Musteranstalt dar, die zur Zeit einzig in ihrer Art sei.

22. Das kantonale Angestelltenkartell sowie der kantonale Verband der Festbesoldeten beauftragen einen Ausschuß mit der Ausarbeitung einer Eingabe an den Kantonsrat, worin die Stellungnahme dieser Bevölkerungsklassen zur bevorstehenden Abänderung des Steuergesetzes

zum Ausdruck kommen soll. Ein Vergleich mit den Steuerverhältnissen von 17 Schweizerstädten ergibt für den Kanton folgenden Zustand: Beim Einkommen steht Zürich mit 4000 Franken an zwölfter, mit 8000 Franken an elfter und mit 20,000 Franken an zehnter Stelle; beim Vermögen dagegen steht der Kanton mit 20,000 Franken an fünfter, mit 100,000 Franken an dritter und mit zwei Millionen Franken an elfter Stelle.

Ein schweres Unwetter verursacht am oberen Zürichsee großen Schaden. Der Gewalt des orkanartigen Sturmwindes fallen zahlreiche Obstbäume zum Opfer und die dicht niederprasselnden Hagelschlossen richten in Gärten und Weinreben große Verwüstung an.

23. Der Stadtrat beschließt in Wiedererwägung seines Beschlusses betreffend die Zinssteigerung für Miete in städtischen Wohnhäusern, es sei diese dergestalt auszuführen, daß die erste Hälfte am 1. Oktober dieses Jahres, die zweite sodann am 4. April 1925 fällig werde. Einen allgemeinen Aufhebungsbeschluß aber lehnt der Stadtrat ab.
24. Die Sihltalbahn hat im Juni rund 115,300 Personen befördert gegenüber 78,064 im selben Monat des Vorjahres. Die ansehnliche Vermehrung der Fahrgäste ist zweifellos dem elektrischen Betrieb und der dadurch ermöglichten Verbesserung des Fahrplans zuzuschreiben.
26. In Anwesenheit von Vertretern des Kantons und der Stadt, sowie des Zentralvorstandes des schweizerischen Schneidermeisterverbandes findet die offizielle Eröffnung der schweizerischen Fach- und Zugschneideschule für das Schneidergewerbe statt.
27. Das im Jahr 1919 aufgestellte Programm für die Verbesserung der kantonalen Hauptverkehrsstraßen, das für die erste Etappe von fünf Jahren 100 Kilometer vorsah, ist schon Ende 1923 überholt worden, indem damals bereits 120 Kilometer verbessert waren. Aus den seit 1919 gemachten Erfahrungen ergibt sich indessen, daß bloße Oberflächenteerung bei der stetig sich steigenden Inanspruchnahme der Hauptstraßen durch Motorfahrzeuge nicht genügt, sondern daß statt dessen Innenteerung und Kleinpflaster angewendet werden müssen, wenn eine einigermaßen widerstandsfähige Straßendecke erstellt werden soll.
28. Die Erziehungsdirektion sowie der städtische Schulvorstand richten an Professor Georg Kerschensteiner in München, den führenden Pädagogen und Förderer der Arbeitsschule, zur Vollendung seines siebenzigsten Lebensjahres ein Glückwunschschreiben.
30. Der Wertschriftenbestand der Stadt setzte sich Ende 1923 zusammen aus Schuldbriefen für 18,19 Millionen Franken zu 4,94 Prozent, aus Obligationen für 10,95 Millionen Franken zu 4,78 Prozent, und aus Aktien für 4,55 Millionen Franken. An Anleihen wurden 32½ Millionen Franken zurückbezahlt oder umgewandelt und 15 Millionen neu aufgenommen. Die Anlehensschuld hat sich demnach um 17½ Millionen Franken vermindert und betrug Ende letzten Jahres 157,32 Millionen Franken. Die Gesamtschuld der Stadt an festen Anleihen, Kassascheinen und Kassensobligationen belief sich im selben Zeitpunkt auf 183,27 (im Vorjahr auf 204,39) Millionen Franken,

- welcher Betrag durchschnittlich zu 5,59 Prozent verzinst werden muß.
31. Die Kantonalsbank erhöht den Zinsfuß für eigene Schuldbriefe und Rauffschuldbriefe von 5 auf $5\frac{1}{4}$ Prozent mit Wirkung vom 1. Oktober laufenden Jahres an.

August:

1. Die Rechnung des städtischen Gemeindegutes für das Jahr 1923 schließt bei 65,72 Millionen Franken Einnahmen und 54,13 Millionen Ausgaben mit einem Vorschlag von 11,58 Millionen Franken. Dieser unvorhergesehene, günstige Abschluß ist vor allem dem Ertrag an Steuern zuzuschreiben, der 10 Millionen mehr ergeben hat als veranschlagt worden war.
2. Auf der nunmehr fertiggestellten Straßenbahnstrecke alte Kirche Fluntern—Allmend wird der Betrieb eröffnet, zwei Wochen früher, als vorgesehen war.

Von nun an verkehren die Flugzeuge der Imperial Airways Ltd. nach folgendem Plan: Je Montag, Mittwoch und Freitag Dübendorf ab 9.15 Uhr, Basel ab 10.35, Paris ab 15.05 Uhr, London (Gronndon) an 18 Uhr; in umgekehrter Richtung je Dienstag, Donnerstag und Samstag London ab 9.15, Paris ab 13.15, Basel ab 17.30 Uhr, Dübendorf an 18.20 Uhr.

Ein heftiges Hagelwetter richtet in den Nebbergen und Obstgärten der Gemeinden des untern Zürichsees großen Schaden an; der Herbsttertrag soll nahezu völlig vernichtet sein.

3. Im Alter von 61 Jahren stirbt Oberst Hermann Meiser, von Strahllegg-Fischenthal, erst Instruktionsoffizier und seit 1897 kantonaler Kriegskommissär.
5. Die kantonale Armendirektion richtet an die Bezirks- und Gemeindearmenpflegen ein Schreiben, worin sie sich über die mangelhafte Beachtung der gesetzlichen Vorschriften und Verordnungen über die Verwandtenunterstützung nachdrücklich beklagt.
6. Nach dem neuesten Monatsbericht des städtischen Arbeitsamtes ist die Nachfrage nach gelernten Arbeitern fortwährend befriedigend.
Für die Herrichtung einer öffentlichen Spielwiese an der Ottiker-Gulmannstraße verlangt der Stadtrat vom Großen Stadtrat einen Kredit von 105,000 Franken.
7. Eine Arbeiterin der Waschanstalt Zürich A.-G. hatte in der Bettwäsche eines großen hiesigen Hotels englische Banknoten und einen Kreditbrief im Gesamtwert von 10,000 Franken gefunden und diesen Betrag sofort dem betreffenden Hotel zusenden lassen. Nachdem der inzwischen längst abgereiste Eigentümer im Ausland hat ermittelt werden können, erhält nunmehr die ehrliche Finderin von ihm volle zwanzig Franken Trinkgeld!
8. Für das gesamte Unterrichtswesen hat der Staat letztes Jahr Franken 17,467,524 oder 111,056 Franken weniger als im Vorjahr ausgegeben.

Der Vorstand der Tonhallegesellschaft bemerkt in seinem Jahresbericht für 1923 unter anderm, das Bestreben ausländischer Künstler,

sich in Zürich hören zu lassen, sei unverändert stark geblieben. Nun werde häufig diese Art Förderung des freien Wettbewerbes kritisiert und als eine der Ursachen des oft mangelhaften Konzertbesuches bezeichnet. Diese Schlußfolgerung sei jedoch irrig; denn das Publikum lasse sich nun einmal nicht schulmeistern, sondern treffe seine Auswahl unter den verschiedenen Konzertveranstaltungen nach freiem, meist nicht berechenbarem Ermessen.

9. Im Juli ist die Stadt von 35,671 Fremden besucht worden oder von 8750 mehr als im selben Monat des Vorjahres. Zurzeit ist der Fremdenandrang so stark, daß Hotelier- und Verkehrsverein sich genötigt sahen, ein Quartierbüro zu eröffnen, wo verfügbare Zimmer angemeldet und Fremde darüber Auskunft erhalten können.

Seit 1919 bis Ende letzten Jahres hat der Kanton den Bau von 1238 Häusern mit 2768 Wohnungen im Kostenbetrage von 79,500,000 Franken unterstützt mit 13,370,000 Franken in bar und 5,350,000 Franken als Darlehen.

Zur Erreichung rascher Umleitung für den Auslandsverkehr wird die telegraphische Leitung Zürich—Basel mit einem Schnelltelegraphenapparat ausgerüstet.

11. Laut dem Jahresbericht des Obergerichtes hat der Liegenschaftenverkehr sich neuerdings bedeutend entwickelt. Zwar nicht nach der Zahl, wohl aber nach dem Geldbetrag der Handänderungen reiche das letzte Jahr an das Ausnahmejahr 1918 heran, obschon die Zahl der Zwangsversteigerungen in beiden Beziehungen zurückgegangen sei.
12. Die Kirchenpflege Wiedikon erstattet dem Kirchenrat einen ausführlichen Bericht über die Entwicklung und den derzeitigen Zustand des kirchlichen Lebens in ihrer Gemeinde. Ob dieses Urteil im ganzen genommen nur für die eigene oder so ziemlich für alle Kirchgemeinden der Stadt zutrefte, darüber gibt folgende Stelle aus dem erwähnten Bericht wohl hinreichend Auskunft. Es heißt da unter anderem:
... „Was uns nicht gefällt, ist die selbstverliebte Jugend und ihr Mangel an sittlicher Willenskraft und Achtung vor dem Alter. Wir beklagen uns über die Entfremdung des Elternhauses, über die Auflehnung gegen die Eltern, über die religiöse Gleichgültigkeit und Genußsucht der heutigen Jugend . . . Mitschuldig an der sittlichen Verheerung unserer Gesellschaft ist die offene und geheime Schundliteratur. Es besteht Grund dafür, anzunehmen, daß die zunehmende Kriminalität unter der städtischen Schuljugend auf das die Phantasie vergiftende, Nerven erregende Kinowesen zurückzuführen ist.“
13. Bei Ankunft der Spätzüge im Hauptbahnhof macht von nun an ein besonderer Beamter die ankommenden Reisenden auf das im Hotel Sabiz-Royal befindliche Quartierbüro aufmerksam, wo jeden Abend etwa hundert Betten angemeldet sind.

Die kantonale Justizdirektion stellt in ihrem Geschäftsbericht fest, daß im letzten Jahre die Kriminalfälle sich wiederum vermehrt hätten, indem acht von den elf Bezirksanwaltschaften eine Geschäftszunahme gemeldet haben.

15. Auf die Ausschreibung des Stadtrates zur Anmeldung von Wohnhausprojekten, die auf städtische Unterstützung Anspruch erheben, sind bis heute 60 Bewerbungen für rund 2000 Wohnungen eingegangen, deren gesamte Baukosten sich auf über 70 Millionen Franken belaufen.
16. Im Kreisspital Wezikon, wo er seit dem am 10. August auf der Kanzel der dortigen Kirche erlittenen Schlaganfall darniedergelegen, stirbt Kirchenrat Pfarrer August Tappolet im siebzigsten Altersjahr. Früher während etwa 30 Jahren Pfarrer von Lindau bei Effretikon, versah er nachher zehn Jahre lang die Stelle eines Waisenvaters der Stadt Zürich.

Eine in Dillingen stattfindende, von etwa fünfzig Frauen aus dem Bezirk Andelfingen besuchte Versammlung behandelt die Frage der Wiedereinführung der ehemals auf dem Lande allgemein getragenen Bauerntracht und beschließt, für die Verwirklichung ihres Wunsches eifrig zu wirken.
17. Gütten begeht die Feier des hundertjährigen Bestandes seiner selbstständigen Kirchgemeinde. Pfarrer Albert Keller in Richterswil gibt bei diesem Anlaß eine Geschichte des Dorfes Gütten heraus, das 1270 erstmals urkundlich nachgewiesen sei.
18. Der Stadtrat unterbreitet dem Großen Stadtrat die Vorlagen für die Abänderung der im Mai 1914 erlassenen, des bald darauf ausgebrochenen Weltkriegs halber jedoch in ihrer Wirksamkeit eingesetzten Verordnung über die obligatorische Arbeitslosenversicherung. Damit der auf Winterbeginn zu erwartenden größeren Arbeitslosennot rechtzeitig begegnet werden könne, sollte die Verordnung nach der Ansicht des Stadtrates sofort in Kraft gesetzt werden. Nach seinen Berechnungen ergäbe sich ein jährlicher Unterstützungsaufwand von 103,437 Franken, woran die Stadt 60,000 Franken beizutragen hätte. Der Stadtrat beantragt nun, diesen Betrag pro rata dem bereits beschlossenen Kredit für Arbeitslosenfürsorge entnehmen zu dürfen.
19. Der Regierungsrat erläßt eine neue Verordnung über das Ausverkaufswesen. Danach soll künftig die Bewilligung zum Ausverkauf in all den Fällen strikte verweigert werden, wo es sich bloß um unlautere Geschäftsmanöver handelt, die mittelst unwahrer oder unvollständiger Angaben zu verschleiern versucht werden, oder wo die Umgehung der bestehenden Bedingungen mittelst eines Strohmannes versucht werden will. Im Falle festgestellter Täuschung der Behörden ist das Statthalteramt angewiesen, das betreffende Geschäft sofort zu schließen.

Die Flugpostlinie Genf—Zürich—München—Wien hat im Juli in 205 Flügen 454 Reisende, 147 Kg. Briefpost und 218 Kg. hochwertigen Fracht befördert.

Im Sihlwald begeht die 81. Jahresversammlung des schweizerischen Forstvereins zusammen mit Abgeordneten des Stadtrates und Regierungsrates den fünfhundertjährigen Bestand der städtischen Forstverwaltung.

20. Der im November 1923 hier verstorbene Kaufmann Emil Roesli von Müti, der jahrzehntelang in Argentinien eine Fabrik betrieben hatte, hat dem Krankenastl seiner Heimatgemeinde 20,000 Franken vermacht.

Hier werden zwei jüngere Frauenspersonen verhaftet, die es mittelst schwindelhafter Angaben verstanden haben, innerhalb der letzten zwei Jahre von mehreren hiesigen Geschäftsleuten zusammen eine halbe Million Franken zu ergattern.

Der Stadtrat beantragt dem Großen Stadtrat, das der Stadt zugefallene Vermächtnis des am 3. September 1922 hier verstorbenen Theodor Meyer, gewesenen Kaufmanns, im Betrage von 476,965 Fr. als „Theodor-Meyer-Fonds“ zur Errichtung öffentlicher Denkmäler und Brunnen sowie zu anderweitigem bildlichem oder plastischem Schmuck der Stadt zu erklären.

Die Maschinenfabrik Escher, Wyß & Co. beantwortet die von der Betriebsversammlung der Kesselschmiede und Handlanger auf 30. August angesagte Kollektivkündigung (wegen Nichtanerkennung der begehrten Lohnerhöhung) mit der Kündigung ihrer gesamten Arbeiterschaft auf den nämlichen Zeitpunkt sowie mit der Mitteilung, daß die Fabrik vom 1. September an bis auf weiteres geschlossen bleiben werde.

21. Dieser Tage finden auf der Strecke Winterthur—Romanshorn—Winterthur die Probefahrten statt mit der von den Firmen Escher, Wyß & Co. in Zürich und der schweizerischen Lokomotivfabrik in Winterthur erstellten Turbinenlokomotive. Sie soll den angehängten Probezug in 55 Minuten von Winterthur nach Romanshorn und zurück, zusammen 110 Kilometer, zu befördern im Stande sein.
22. In Feldbach macht man die Wahrnehmung, daß infolge der letzten Jahr dort wie dem ganzen rechten Seeufer entlang erfolgten Teerung der Hauptstraße, die in diesem Dorf mitten zwischen den Reben hindurchführt, der Wein nach erfolgter Gährung einen widrigen Teergeschmack aufweise, den zu vertilgen bisher nicht gelungen sei.
23. Die Radiostation Zürich—Höngg wird eröffnet mit einer Ansprache von Bundesrat Dr. Haab und einem auf der „Waag“ abgehaltenen Bankett, sowie nachfolgender Besichtigung des Senders in Höngg. Im Verlauf des Banketts schon beginnt die Sendestation mit ihren Emissionen, die den Hörern von 13—22 Uhr ein gutbesetztes Programm manigfaltiger Unterhaltung verheißten.
26. In einem Rebberg bei Wülflingen wird ein Reblausherd entdeckt.

Im Bericht des städtischen Amtes für Berufsberatung über das Jahr 1923 ist unter anderem zu lesen, daß zum ersten Mal für die berufskundliche Aufklärung auch Lichtbildervorträge stattfanden, die bei den 4340 Schülern freudige Aufnahme gefunden hätten.

Neun kantonale und zwei Verbände der Stadt erlassen einen Aufruf zur Verwerfung des Volksbegehrens für das Verbot der Section am lebenden Tier.

Mit diesem Tag erhält die Stadt unmittelbare Telephonleitungen mit Mellingen, Fried, Waldshut, Schöftland, Schönenwerd, sowie vermehrte Leitungen mit Mühldhausen i. E., Mailand, Baden, Turgi, Brugg, Aarau, Olten und Rheinfelden.

28. Ueber den Chilibetrieb, der letzten Sonntag in Wädenswil herrschte, vernimmt man, daß die dortige Bundesbahnstation 2000 einfache Fahrkarten ausgegeben, die Dampfboote 1200 Personen nach Wädenswil befördert hätten und aus den Berggemeinden das Volk in überfüllten Doppelkursen der Postautos zum Festort geströmt sei.

Ein Arbeiter der chemischen Fabrik in Marthalen erbt von einem in Nordamerika verstorbenen Onkel 50,000 Franken.

29. Die Kreistelegraphendirektion teilt mit, sie habe in letzter Zeit wiederholt gegen Uebertretung der gesetzlichen Vorschriften betreffend den Bau und Betrieb radioelektrischer Empfangsanlagen einschreiten müssen. Laut Bundesgesetz sei es ausschließliches Recht der Telegraphenverwaltung, radioelektrische Anlagen zu betreiben; dagegen könne sie dafür Bewilligungen an Dritte erteilen. Wer sich gegen diese Vorschrift vergehe, laufe Gefahr, polizeilich gebüßt zu werden.

Eine Versammlung von etwa 1250 Arbeitern der Firma Escher, Wyß & Co. lehnt den Vorschlag des Einigungsamtes ab und verlangt dagegen, daß die Direktion mit den Gruppen der Kesselschmiede und Sandlanger unmittelbar verhandle, widrigenfalls die andern Gruppen ihre Forderungen ebenfalls unterstützen würden. Das Einigungsamt hatte folgenden Vergleich vorgeschlagen: 1. Die Arbeiterschaft läßt in Anbetracht der ungünstigen Geschäftslage der Firma die Forderung auf allgemeine Lohnerhöhung fallen; 2. Die Firma Escher, Wyß & Co. gibt die Erklärung ab, dafür zu sorgen, daß besondere Notfälle unter ihrer Arbeiterschaft einer Lohnaufbesserung teilhaftig werden und sodann von einem Lohnabbau überhaupt Umgang genommen werden soll.

30. Die Radiogenossenschaft teilt mit, daß die Reichweite der Zürcher Sendestation laut zahlreichen Zuschriften alle Erwartungen übertreffe. Nicht nur in allen Gegenden der Schweiz, vielmehr auch im gesamten Ausland werde die Zürcher Emission laut und deutlich genug vernommen.
31. Das Volksbegehren um Abschaffung der Section am lebenden Tier wird bei der kantonalen Volksabstimmung mit 62,641 gegen 27,793 Stimmen verworfen. In der städtischen Abstimmung werden alle Vorlagen mit großem Mehr angenommen, nämlich: die geänderte Gemeindeordnung betreffend die Lehrerbefoldungen, die Vorlage betr. Unterstützung des gemeinnützigen Wohnungsbaues sowie die Vorlage für den Bau billiger Wohnungen für wenig bemittelte, kinderreiche Familien. Desgleichen werden mit überwiegendem Mehr angenommen die zwei Kreditbegehren: a) von 510,000 Franken für den Bau eines Dienstgebäudes für das Straßeninspektorat an der Hochstraße; b) von 315,000 Franken für den Ausbau der Kreuzbühlstraße.

September:

1. Die Betriebseinstellung bei Escher, Wyß & Co. wird zur Tatsache; etwa 1600 Arbeiter sind von der Aussperrung betroffen.

Der Kantonsrat beschließt mit 101 (Linksparteien und Bauern) gegen 75 Stimmen, die Besoldungen der Regierungsräte und Oberichter mit Wirkung vom 1. September an um 500 Franken zu kürzen. Die Verfassungsänderung betreffend die Mitgliederzahl des Kantonsrates wird zwar ausführlich diskutiert, die Beratung darüber jedoch nicht zu Ende geführt, worauf noch die Motion Reithaar betreffend den Einfluß des schweizerischen Bankensyndikats auf den Anlehensmarkt zur Sprache kommt, ohne daß jedoch die Beratung zu Ende gediehe.

Auf die von der Kreisdirektion III der Bundesbahnen erlassene Ausschreibung von vier Stellen von Stenotypistinnen, die über zwei Landessprachen verfügen müssen, und deren Gehalt auf Fr. 200—320 festgesetzt ist, sind bis heute 328 Bewerbungen eingegangen.

2. Eine Versammlung von Behördevertretern und Verkehrsinteressenten ersucht die zuständigen schweizerischen, bayerischen und österreichischen Verkehrsanstalten um ganzjährige Führung zweier Schnellzüge München—Zürich über Bodensee—Gürtelbahn und um eine durchgreifende Verbesserung der Schnellzugsverbindung München—Zürich über Romanshorn vom 1. Juni 1925 an.

3. Eine von der Gemeinnützigen Gesellschaft des Bezirkes Afoltern veranstaltete Sammlung für das Jugendheim der Stadt Jena ergibt rund 1600 Franken.

Auf der Strecke Zürich—Thalwil verkehren zurzeit von 4 Uhr morgens bis Mitternacht in beiden Richtungen 107 fahrplanmäßige und 8 fakultative Züge.

Der Große Stadtrat weist zunächst mit 67 gegen 34 Stimmen die stadträtliche Vorlage über die Arbeitslosenversicherung an eine elfgliedrige Kommission und bewilligt sodann folgende drei Kredite: a) für eine Spielwiese an der Herrenbergstraße 105,000 Franken; b) für den Bau der Scheuchzerstraße zwischen Röslistraße und Im eisernen Zeit 175,000 Franken; c) für den Ausbau der Witikonersstraße 83,000 Franken.

4. Der letzte August gehört nach den Aufzeichnungen der meteorologischen Zentralanstalt zu den kältesten Augustmonaten seit etwa hundert Jahren. Seine mittlere Temperatur steht mit knapp 14 Grad Celsius volle 3 Grad unter dem langjährigen Durchschnitt. Die kältesten Tage waren der 28. und 29., an welcher letzterem Tage im Glattal sogar Eisbildung beobachtet wurde.

Im Großen Stadtrat, der zu einer Extrasitzung zusammentritt, interpelliert Baumberger (christlichsozial) den Stadtrat darüber, ob er nicht im Konflikt bei Escher, Wyß & Co. vermitteln wolle, indem die erfolgte Aussperrung aller Arbeiter ein Ereignis von unabsehbaren finanziellen und moralischen Folgen sei, denen vorzubeugen die Stadt wohl versuchen dürfte. Der Stadtpräsident beantwortet die Anfrage dahin, daß es vorerst Sache des Regierungsrates sei,

eine Vermittlung anzustreben, indem viele der ausgesperrten Arbeiter außerhalb der Stadt niedergelassen seien, daher der Stadtrat für sie nicht zuständig wäre. Die Aussprache über die Interpellation wird verschoben und statt dessen eine von kommunistischer Seite gestellte Motion behandelt und schließlich nach erregter Debatte mit 62 gegen 33 Stimmen auch angenommen. Danach sollen die Ausgesperrten aus dem städtischen Hilfsfonds oder aus anderen städtischen Mitteln unterstützt und überdies Massenspeisungen eingerichtet werden.

5. Der Arbeitgeberverband der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie verpflichtet sich, keine Arbeiter einzustellen, die bis 20. August bei der Firma Escher, Wyß & Co. beschäftigt waren.

Die Direktionen der Volkswirtschaft und der Polizei richten an die Adresse der Arbeitgeber eine Bekanntmachung, worin festgestellt wird, daß bei Eintritt von Betriebsstörungen in einzelnen Saisongewerben einheimische Arbeiter entlassen, ausländische jedoch weiter beschäftigt werden.

6. Dem Großen Gemeinderat von Winterthur wird von 17 Mitgliedern eine Motion eingereicht, womit der Stadtrat eingeladen werden soll, in Anbetracht der voraussichtlich ungenügend ausfallenden Kartoffelernte Maßnahmen zu treffen für den direkten Einkauf einer größeren Menge in- oder ausländischer Kartoffeln und für deren Abgabe an die Bevölkerung zu Selbstkostenpreisen.

9. Die Präsidentenkonferenz des kantonalen Gewerkschaftskartells sichert den ausgesperrten Arbeitern von Escher, Wyß & Co. moralische und finanzielle Unterstützung zu. Sodann fordert sie den Regierungsrat auf zur Widerrufung der von der Polizeidirektion erlassenen Einreisebewilligung für ausländische Maßschneider, indem diese angesichts des nunmehr 18 Wochen dauernden Streiks eine einseitige Parteinahme bedeute.

10. Der Große Stadtrat beschäftigt sich vorerst mit der Auslegung seiner Beschlüsse vom 4. September betreffend die Unterstützung der bei Escher, Wyß & Co. ausgesperrten Arbeiter und beschließt, die Motion sowie den Bericht des Stadtrates vom 10. September an eine elfgliedrige Kommission zu weisen. Sodann behandelt er die Motion Bader betreffend Widerruf der Mietzinserhöhung für die Wohnungen auf dem Rebhügel in Wiedikon, die mit 49 gegen 48 Stimmen angenommen wird.

11. In Winterthur wird eine kantonale Ausstellung für Landwirtschaft und Gartenbau eröffnet, verbunden mit einer Gewerbechau des Bezirks. Die ortsansässige bürgerliche Presse begeht den Anlaß mit der Herausgabe einer illustrierten Festnummer.

Nachmittags 4 Uhr erscheint das neue, für Amerika bestimmte Zeppelin-Luftschiff über der Stadt, von Tausenden auf Plätzen, Straßen und Dachzinnen begeistert begrüßt. Es beschreibt zwei Runden über dem großen Häusermeer und verschwindet dann unter dumpfem Gebrumm seiner Motoren am westlichen Horizont. Das Schiff ist 200 Meter lang, bis 31 Meter hoch bei einem Durchmesser von 27,65 Meter; die 14 Gaszellen fassen 70,000 Kubikmeter Gas.

An Bord sind 28 Mann Besatzung und 55 Passagiere. Während der Fahrt richtet Stadtrat Häberlin als Vertreter des Stadtpräsidenten auf radiotelephonischem Wege eine Ansprache an die Schiffsinsassen.

14. Von israelitischer Seite wird die Errichtung eines jüdischen Spitals in der Stadt angestrebt.
15. Das in Pfäffikon zusammentretende Schwurgericht hat gegen 13 Angeklagte elf Anklagen wegen Unterschlagung, Betrugs, Notzuchtverfuchts, fahrlässiger Tötung und Mordes zu behandeln.

Die elfgliedrige Kommission des Großen Stadtrates zur Prüfung der Motion betreffend Unterstützung der ausgesperrten Arbeiter von Escher, Wyß & Co. beantragt: 1. Vom 3. September an wird den in der Stadt wohnhaften Arbeitern, die verheiratet sind, sowie den unterstützungspflichtigen ledigen Arbeitern bis zur Wiederaufnahme der Arbeit eine Unterstützung von 4 Franken täglich verabreicht; 2. Es soll eine gemeinsame Speisung auf Kosten der Unterstützung eingeführt werden; 3. Die Ausgaben fallen auf Rechnung der staatlichen Hilfskasse für Arbeitslose. Dieser Beschluß ist mit 6 gegen 5 Stimmen gefaßt worden.

16. Der Quartierverein Untersträß wird neuerdings mittelst einer Zuschrift an den Stadtrat vorstellig zu Gunsten des Ankaufs des Beckenhofgutes durch die Stadt und dessen immerwährender Belassung im jetzigen Zustande.
17. Die „Genossenschaft Pfauen“ plant den Umbau und die Vergrößerung ihres zur Zeit dem Schauspiel dienenden Theatergebäudes am Heimplatz. Es soll künftig bis 770 Plätze aufweisen; auch sollen Ein- und Ausgänge sowie namentlich die Garderoberräume vergrößert und in einer der Gegenwart eher entsprechenden Weise eingerichtet werden. Die Gesamtkosten sind auf eine halbe Million Franken veranschlagt.

Der Große Stadtrat beschließt mit 62 gegen 43 Stimmen die Annahme der Motion betreffend die öffentliche Unterstützung der ausgesperrten Arbeiter bei Escher, Wyß & Co.

18. In der Stadt sind letztes Jahr 527,467 Franken Erbschaftssteuern bezogen worden; die größte bezahlte Steuer betrug 114,820 Fr.

Zum kantonalen Kriegskommissär wird vom Regierungsrat Raffnerenverwalter Hauptmann Bockberger, von Bürglen, gewählt.

20. Die Direktion von Escher, Wyß & Co. erläßt ein Rundschreiben an ihre ausgesperrten Arbeiter mit der Anfrage, ob sie bereit wären, die Arbeit zu den bisherigen Bedingungen wieder aufzunehmen, allenfalls auch als Handlanger oder Kranenführer.

Da der Tagesschnellzug Zürich—Berlin und zurück noch nicht die vor dem Krieg innegehaltene Fahrgewindigkeit erreicht hat, richtet die Transeuropa-Union einen Flugdienst Zürich—Berlin ein, der die Städte München, Fürth und Dresden berühren und dessen Flugdauer knapp 7 Stunden betragen soll. Der Fahrpreis käme ungefähr auf den Betrag einer Fahrkarte erster Klasse mit Schlafwagenzuschlag zu stehen.

21. An der Gemeindeversammlung von Russikon erscheint der Gemeindepräsident, der Gemeinbeschreiber, ein Mitglied des Gemeinderates, ein Kommissionsmitglied und ein gewöhnlicher Bürger. Zur Ermöglichung der Geschäftsbehandlung muß ein weiterer Bürger aus dem Wirtshaus herbeigerufen werden.
22. Eine von rund 1000 Arbeitern der Firma Escher, Wyß & Co. besuchte Versammlung spricht ihre Entrüstung aus über das eben erwähnte Rundschreiben der Firma und beschließt, es keiner Antwort zu würdigen. Sodann erklärt sie, die Arbeit sei erst dann wieder aufzunehmen, wenn durch Verhandlungen die Ursache des Konfliktes zuvor beseitigt sei.

Im Alter von 65 Jahren stirbt Nationalrat Dr. Alfred Frey, Bürger von Gontenschwil und Zürich, seit mehr als vierzig Jahren erst Sekretär und dann Präsident des schweizerischen Handels- und Industrievereins, sowie bei den Handelsvertragsunterhandlungen mit Deutschland, Italien, Oesterreich-Ungarn, Spanien und Frankreich bevollmächtigter Unterhändler des Bundesrates.

24. Die Arbeiterschaft der Maschinenfabrik Nieder-Möster weigert sich, die der Firma bewilligte 52-stündige Arbeitszeit innezuhalten und hält nur die 48-stündige ein.
26. Der Verkehrsverein verlangt in einer Eingabe an den Regierungsrat zu Händen des Eisenbahndepartements die ganzjährige Führung der Schnellzüge Zürich ab 18.02, Basel an 19.28 und Basel ab 21.00, Zürich an 22.47 Uhr, sowie die Führung eines Gotthard-schnellzuges, getrennt vom Schnellzug Basel—Luzern, Zürich ab 10.05 Uhr. Weiter verlangt er die Einführung eines Schnellzug-paares mit Schlafwagen Zürich—Wien—Zürich.
27. Dem Großen Stadtrat reichen 20 Mitglieder eine Interpellation ein betreffend die von der kantonalen Polizeidirektion an 30 ausländische Schneidergehülften erteilte Einreisebewilligung, mit der Anfrage an den Stadtrat, ob er gewillt sei, diesen Streikbrechern die Aufenthaltsbewilligung zu verweigern. Eine zweite Interpellation fragt den Stadtrat an, ob er es für gerechtfertigt und mit den Geboten einer objektiven Amtsführung für vereinbar halte, daß ein namhafter Metallindustrieller und Mitinteressent am gegenwärtigen Konflikt bei Escher, Wyß & Co. an den Beratungen und Beschlussfassungen der Stadtrates mitwirke und das Polizeiwesen persönlich leite.

Die Firma Escher, Wyß & Co., der Lokalverband der Arbeitgeber des Handels, der Industrie und des Gewerbes der Stadt und Umgebung, sowie einige städtische Stimmberechtigte erheben beim Bezirksrat Einsprache gegen den Beschluß des Großen Stadtrates vom 17. September betreffend die finanzielle Unterstützung der ausgesperrten Arbeiter von Escher, Wyß & Co. mit städtischen Mitteln.

In den Räumen der Universität tagt eine internationale Konferenz für Feuerschutz, an der fast alle Kantone der Schweiz sowie Deutschland und Frankreich vertreten sind.

29. Die Maschinenfabrik Nieder-Uster lehnt den Vergleichsvorschlag des kantonalen Einigungsamtes ab.

Desgleichen wird der zweite Vorschlag desselben Amtes im Konflikt bei Escher, Wyß & Co., der eine Lohnerhöhung von 5 Rappen pro Stunde für alle Arbeiter, deren Stundenlohn Fr. 1.30 nicht übersteigt, sowie die Unterlassung von Maßregelungen empfiehlt, von der genannten Firma abgelehnt.

30. Die Arbeiterschaft der Maschinenfabrik Nieder-Uster nimmt ihre Kündigungen samthast zurück und erklärt sich einverstanden mit dem schriftlich ihr gemachten Anerbieten der Geschäftsleitung, wonach diese für die Zeit vom 24. September an eine Lohnrevision in Aussicht stellt. Damit ist dieser Konflikt beigelegt.

Oktober:

1. Der Große Stadtrat bestellt zunächst eine dreigliedrige Kommission zur Berichterstattung über den Refurs gegen seinen Beschluß vom 17. September betreffend die Unterstützung der ausgesperrten Arbeiter der Firma Escher, Wyß & Co. Sodann bewilligt er einen Kredit von 141,000 Franken für den durch die bevorstehende Elektrifikation der Linie Zürich—Winterthur nötig gewordenen Umbau der Nordbrücke sowie Nachtragskredite im Betrage von 1,569,540 Franken.
2. Der vom Stadtrat von Winterthur von den Feuerwehrexperten Oberst Schieß in Bollikon, Inspektor Hafner in Zürich und Inspektor Stolz in St. Gallen bestellte Bericht über die Tätigkeit der Leitung der Feuerwehr beim Brand der Neumühle Töss am 18. Juni dieses Jahres kommt zum Schluß, bei leistungsfähigeren Löscheinrichtungen hätten sehr wahrscheinlich sowohl die Mühle wie auch das Wohnhaus vor dem Niederbrennen bewahrt werden können. Dem Feuerwehrkommandanten sodann wird als Fehler angerechnet, daß er in Ueberschätzung der Fähigkeit seines Pifetts und der kurz zuvor eingeführten, neuen Löscheräte nicht mehr Löschruppen aufgeboden habe, indem von insgesamt 600 Mann der Feuerwehr bloß 91 auf dem Brandplatz anwesend waren.
3. Dem Kantonsrat wird von 32 Mitgliedern folgende Interpellation eingereicht: „Ist dem Regierungsrat bekannt, daß die Polizeidirektion, entgegen dem Kreisschreiben der Volkswirtschaftsdirektion betreffend die ausländischen Arbeiter, zirka 30 Maßschneidern aus Deutschland die Einreisebewilligung nach Zürich erteilt hat? Gedenkt der Regierungsrat im Konflikt zwischen der Firma Escher, Wyß & Co. und ihrer Arbeiterschaft für den Fall eine ernsthafte Vermittlungsaktion einzuleiten, als die Verhandlungen des Einigungsamtes zu keinem Ergebnis führen sollten?“

Der regierungsrätliche Voranschlag für das Jahr 1925 schließt mit 79,394,809 Franken Einnahmen und mit 81,302,055 Franken Ausgaben; Defizit 1,907,246 Franken.

4. Die Zentralbibliothek eröffnet eine drei Wochen dauernde Ausstellung von Erzeugnissen der zürcherischen Buchdruckerkunst aus dem fünfzehnten bis und mit dem achtzehnten Jahrhundert.

5. In der Kirche von Stammheim findet eine schlichte Gedenkfeier statt zu Ehren der um ihres evangelischen Glaubens willen am 18. September 1524 in Baden ums Leben gebrachten Mitbürger Unterbvogt Hans Wirth samt Sohn Johannes und Unterbvogt Rüttimann von Nußbaumen.
6. Der Stadtrat verlangt vom Großen Stadtrat einen Kredit von 80,000 Franken für die Veranstaltung eines Planwettbewerb über den Ausbau der Seeufer im Gebiet der Stadt und ihrer Vororte.
Wegen Mietzinswuchers wird ein vorbestrafter galizischer Jude aus der Stadt und aus der Schweiz ausgewiesen.
Im Kantonsrat kommt die eben erwähnte Interpellation betreffend einer regierungsrätlichen Vermittlung im Konflikt bei Escher, Wyß & Co. zur Sprache, ohne daß jedoch trotz bewegter Debatte daraus ein Beschluß hervorginge.
Die Vertrauensmännerversammlung der städtischen Arbeiter und Angestellten der Sektion Zürich des Verbandes öffentlicher Dienste beschließt, die ausgesperrten Arbeiter der Firma Escher, Wyß & Co. mit Fr. 20,000 zu unterstützen.
7. Der Staatskanzlei werden 13,000 Unterschriften eingeliefert für das von kommunistischer Seite angeregte Volksbegehren um gesetzliche Statuierung des Wohnrechts; 8742 davon stammen aus der Stadt.
Im Rafzerfeld hat der falsche Mehltau 50 bis 90 Prozent der Traubenernte zerstört.
9. Für die zur Neubefetzung ausgeschriebene Stelle des Gemeindeschreibers von Oberrieden melden sich 107 Bewerber.
10. In Dübendorf findet heute und morgen eine Militärflugkonkurrenz statt verbunden mit einer Erinnerungsfeier an die vor zehn Jahren erfolgte Gründung der schweizerischen Fliegertruppe.
11. Mit Rücksicht darauf, daß das 5½prozentige Anleihen der Kantonalbank von 8 Millionen Franken stark überzeichnet worden ist, beschließt der Bankrat dessen Erhöhung auf 10 Millionen Franken.
Unter den 39 Personen, die im Bezirk Affoltern ein Jagdpatent gelöst haben, befinden sich zwei weibliche.
13. Das 5½prozentige Zehnmillionenanleihen der Kantonalbank wird voll gezeichnet, die Zeichnung daher geschlossen.
14. Die Pestalozzigesellschaft sowie die städtischen Kirchenpflegen und Schulbehörden veranstalten an den Sonntagen des kommenden Winters in den verschiedenen Stadtkirchen wieder eintrittsfreie Abendunterhaltungen mit einleitendem Vortrag und nachfolgendem musikalischen Teil.
15. Auf dem Münsterhof findet eine vom Gewerkschaftskartell veranstaltete, von rund 1000 Personen besuchte Versammlung statt, um gegen den Versuch zur Aufhebung des Großstadtratbeschlusses betreffend die Unterstützung der ausgesperrten Arbeiter von Escher, Wyß & Co. zu protestieren.

Der Große Stadtrat nimmt zunächst Kenntnis von der Interpellation Dr. Maag betreffend Abänderung der Geschäftsordnung des

Stadtrates zum Zwecke eines darin aufzunehmenden Abschnittes über die Amts- und Dienstverhältnisse der Beamten, Angestellten und Arbeiter. Sodann behandelt er die Vorlage über die Arbeitslosenversicherung, die ohne wesentliche Einsprache nach dem Entwurf des Gesundheitsvorstandes angenommen wird. Danach beginnt die Unterstützung spätestens am 1. Dezember laufenden Jahres und endet frühestens am 31. März 1925. Dem Stadtrat wird dafür ein Kredit von 200,000 Franken bewilligt.

16. In ihrer Vernehmlassung über das Konzessionsgesuch für den Bau und Betrieb einer elektrischen Straßenbahn von Derlikon nach Affoltern b. Zch. vertritt die Generaldirektion der Bundesbahnen die Auffassung, daß für eine solche Straßenbahn kein dringendes Bedürfnis bestehe.

Im Alter von 64 Jahren stirbt hier der amerikanische Generalkonsul George S. Murphh.

17. Der Präsident des kantonalen Einigungsamtes unterbreitet den Parteien im Konflikt bei Escher, Wyß & Co. einen neuen Vorschlag zur Einigung, mit folgenden Hauptbedingungen: 1. Die Firma Escher, Wyß & Co. erklärt sich bereit, den ohne eigene Schuld in bedrängter Lage befindlichen, vollbeschäftigten Arbeitern etwelche Erleichterung zu bieten. 2. Maßregelungen wegen der Teilnahme an der gegenwärtigen Bewegung finden keine statt; die beidseitig erfolgten Kündigungen werden zurückgezogen und allfällig weitere Kampfmaßnahmen aufgehoben. 3. Die im beiliegenden Verzeichnis namentlich aufgeführten Arbeiter treten spätestens bis 1. Januar 1925 aus dem Betriebe von Escher, Wyß & Co. aus. 4. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt am 20. Oktober.

Eine von 1000 Mann besuchte Versammlung der Arbeiterschaft von Escher, Wyß & Co. beschließt die Ablehnung des vorstehend mitgeteilten Vorschlages des kantonalen Einigungsamtes, ermächtigt dagegen einzelne ihrer Gruppenverbände zu direkten Verhandlungen mit der Firma.

18. Die Kirchenpflege der Großmünstergemeinde teilt im „Tagblatt“ mit, daß laut Zuschrift des Polizeivorstandes vom 9. Oktober bis zum endgültigen Entscheid über ihr Gesuch um Verschiebung des Geläutes zum Gottesdienst nur von 9 bis 9¼ Uhr geläutet werden dürfe, während dieser im Winterhalbjahr erst um halb 10 Uhr beginne. Sie sehe sich daher gezwungen, zwischen dem Läuten und dem Beginn des Gottesdienstes eine viertelstündige Pause eintreten zu lassen und ersuche darum die Kirchengenossen, sich dadurch nicht verwirren zu lassen.

20. Der Regierungsrat legt dem Kantonsrat einen Kaufvertrag vor über den Erwerb der alten „Pestalozzischule“ an der Fehrenstraße für die Zwecke des kantonalen chemischen Laboratoriums und verlangt für Ankauf, Umbau und Einrichtung unter Abzug der zu erwartenden Bundessubvention von 50 Prozent einen Kredit von Fr. 300,000.

Im Kantonsrat gibt Polizeidirektor Maurer auf die Interpellation betreffend die an angeblich 30 ausländische Maßschneider er-

teilte Einreisebewilligung dahin Auskunft, daß bloß vier Bewilligungen erteilt worden seien, von einer einseitigen Stellungnahme der Polizeidirektion könne daher nicht gesprochen werden. Hierauf wird die Motion Reithaar betreffend das Bankensyndikat von Bankpräsident Rüegg (Winterthur) beantwortet und sodann auf Antrag des Regierungsrates mit 104 gegen 63 Stimmen abgelehnt. Zum Schluß gelangt die Frage der Beschränkung der Mitgliederzahl des Kantonsrates zur Behandlung. Nach Anhörung verschiedener Anträge für 250 und für 200 Mitglieder sowie eines Antrages auf 200 Mitglieder, gewählt nach Maßgabe der Wohnbevölkerung, beschließt der Rat mit 199 gegen 96 Stimmen, es sei die Mitgliederzahl auf 220 zu beschränken, diese Zahl aber gestützt auf die Schweizerbevölkerung zu wählen.

21. Die Abgeordnetenversammlung des Verbandes nordostschweizerischer Käserei- und Milchgenossenschaften ermächtigt den Vorstand, den Milchpreis vom 1. November an bis Ende April 1925 für Zürich und Winterthur um einen Rappen per Liter zu erhöhen.

22. Buchhändler C. M. Ebell, der seit Jahrzehnten auf hiesigem Platze sein erfolgreiches und angesehenes Geschäft leitet, begeht in verhältnismäßig gut erhaltener Rüstigkeit seinen achtzigsten Geburtstag.

Der Große Gemeinderat von Winterthur beschließt die Unterstützung der Arbeitslosen aller Berufe und die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit im kommenden Winter. Bezüglich der Motion betreffend Großanlauf von Kartoffeln durch die Gemeinde erklärt der Stadtrat, daß die Kartoffelversorgung der Bevölkerung durch die landwirtschaftlichen Genossenschaften und einzelne Großhandlungen sichergestellt sei, so daß städtische Maßnahmen nicht erforderlich seien.

23. Die Bahngesellschaft Zürich—Uetliberg erhöht ihr Aktienkapital von 385,000 auf 700,000 Franken und verstärkt den Verwaltungsrat durch die Wahl von Regierungsrat Dr. Streuli und Stadtrat Kruck.

In Oberstammheim beträgt der Ertrag aus den Gemeindereben 270 Franken gegenüber etwa 6000 Franken im Vorjahr; der Wein aus dem Wartgut in Nefenbach gar ergibt einen Wert von bloß 50 Franken gegenüber 9000 Franken im letzten Jahr. Ebenso verkauft in Stäfa ein Weinbauer seinen gesamten Weinertrag um Fr. 100, während er letztes Jahr dafür 6000 Franken eingenommen hatte.

Die Betriebsversammlung der Arbeiter von Escher, Wyß & Co. genehmigt mit 544 gegen 311 Stimmen die von ihren Vertrauensmännern mit der Geschäftsleitung getroffene, dem Vorschlag des kantonalen Einigungsamtes in der Hauptsache gleichende Vereinbarung, womit der Konflikt beigelegt ist. Die Arbeit wird am Montag, 27. Oktober, wieder aufgenommen.

24. Ein im Ausland lebender Schweizer gründet mit 400,000 Franken eine Stiftung „Albisbrunn“, die gedacht ist als Landerziehungsheim für Kinder wenig bemittelter Eltern aller Kantone und ohne Ansehen der Konfession und deren Erziehung aus persönlichen oder sozialen Gründen Schwierigkeiten bereitet. Für diesen Zweck ist das Anwesen „Albisbrunn“ erworben worden; die Eröffnung des Landerziehungs-

heims soll nächstes Frühjahr erfolgen. Als dessen Leiter wird Privatdozent Dr. Hanselmann, Direktor des heilpädagogischen Seminars von Zürich, vom Stifter ernannt.

25. Die Freiwillige und Einwohnerarmenpflege der Stadt hat letztes Jahr an Unterstützungen 1,120,854 Franken verausgabt, wovon 879,842 Franken auf Schweizer und 148,087 Franken auf Ausländer entfielen. Der Durchschnitt des einzelnen Unterstützungsfalles betrug 400 Franken.
26. Der Stadtrat beantragt dem Großen Stadtrat die Anschaffung von 15 Personenanhängewagen der Straßenbahn im Kostenbetrage von 435,000 Franken. Gegenwärtig seien 243 Motor- und 87 Anhängerwagen vorhanden, während über den Mittag regelmäßig 272 Wagen in Betrieb gestellt werden müssen, was deshalb oft nicht möglich sei, weil immer eine Anzahl Wagen in Reparatur stünden.
27. In seiner Abhandlung über den städtischen Liegenschaftenmarkt in den Jahren 1912 bis 1923 stellt das statistische Amt fest, der Grund- und Hausbesitz in der Stadt stelle einen Wert dar von rund 2 Milliarden Franken, wovon mindestens $1\frac{1}{2}$ Milliarden in privaten Händen seien. Bemerkenswert sodann ist die weitere Feststellung, wonach der ausländische Liegenschaftenbesitz in der Stadt sich innert der letzten zweieinhalb Jahre um annähernd 18 Millionen Franken vermehrt und nunmehr mit 46 Millionen mehr als 60 Prozent der gehandelten Objekte inne hat.

Der Kantonsrat hört vorerst die Begründung einer Motion an, wonach die Arbeitslosenfürsorge weiterhin obwalten soll, was vom Volkswirtschaftsdirektor als unnötig, aber auch als untunlich bezeichnet wird. Mit 96 gegen 93 (Linke, Christlichsoziale und Evangelische) Stimmen wird die Motion abgelehnt. Sodann wird noch die neue Kostgeldverordnung für die kantonalen Krankenanstalten behandelt, die ohne wesentliche Abänderungen nach dem Entwurf der Kommission angenommen wird.

28. Die Weichenwärter in der Stadt und Umgebung sowie die Platzunion des eidgenössischen Personals machen die hiesige Kreisdirektion der Bundesbahnen darauf aufmerksam, daß ein vom ernerischen Obergericht zum Tode verurteilter Mörder durch den Weichenwärter Menges in Schlieren hingerichtet werden soll, und ersuchen daher ihre vorgesetzte Behörde, sie möchte diese für ihren Berufsstand schimpfliche Dienstleistung dadurch von ihm abwenden, daß sie dem Genannten für genannten Zweck keinen Urlaub bewillige.
29. Die diesjährigen Weimpreise sind festgesetzt wie folgt: Flaach 190 bis 200 Franken per Hektoliter; Buchberg und Rafz 170 Franken, Freienstein 200 Franken für Roten und 75 Franken für Weißwein, Pfungen und Dättlikon 50—60 Franken für Weißwein und 180—200 Franken für Roten, Neftenbach, beste Lage 240 Franken, Berglage 200 Franken, Wiesendangen 220 Franken.

Die Generaldirektion der Bundesbahnen verweigert dem Weichenwärter Menges in Schlieren den Urlaub für die Ausübung des Scharfrichteramtes in Altdorf.

31. Die eidgenössische Postverwaltung erklärt ihre Bereitwilligkeit zur Führung von Postautokursen für die Linien Zehraltorf—Turbenthal—Eschlikon, Uster—Pfäffikon—Saland, Pfäffikon—Weißlingen—Saland und Zürich—Maur—Uster, sofern die beteiligten Gemeinden für einen jährlichen Beitrag von 20,000 Franken zur Deckung eines allfälligen Defizits gutstehen.

Die neuen Höchstwerte für die obligatorische Viehversicherung werden vom Regierungsrat wie folgt festgesetzt, in Franken: Zuchtstiere 2500, Ochsen 1800, Kühe 1500, Schafe 100, Ziegen 100, Schweine 600 Franken.

Die Generaldirektion der Bundesbahnen beantragt dem Verwaltungsrat die Erstellung eines Postdienst- und Verwaltungsgebäudes für die Kreisdirektion III der Bundesbahnen in der Stadt im Kostenbetrage von voraussichtlich 6½ Millionen Franken.

November:

1. Im dritten Quartal wurden dem kantonalen Wohnungsnachweis 1711 leere und 63 möblierte Wohnungen sowie 58 Wohnungen mit Gewerbelokalen gemeldet, wovon am Quartalsende noch 97 leere, 12 möblierte und 7 Wohnungen mit Gewerbelokalen leer standen. In der Stadt wurden im selben Zeitraum gemeldet 1461 leere, 60 möblierte und 51 Wohnungen mit Gewerbelokalen, von denen am Quartalschluß noch leerstehend waren: 50 leere, 9 möblierte und 4 Wohnungen mit Gewerbelokalen.

Der Umbau des Hauptbahnhofes bildet den Gegenstand eines vor den Vertretern der städtischen und kantonalen Behörden sowie des Handels und der Industrie gehaltenen, orientierenden Vortrages von Generaldirektor Schrafl in Bern. Danach soll der Umbau in mehreren Etappen vor sich gehen. Die erste mit einem Gesamtaufwand von 17½ Millionen Franken soll umfassen das schon erwähnte Postdienstgebäude am linken Sihlufer, eine Remise mit 142 Ständen für elektrische Lokomotiven, sowie bauliche Aenderungen im bestehenden Aufnahmegebäude für vermehrte Bequemlichkeit und leichtere Orientierung der Reisenden. Erst nach Vollendung dieser Bauten könne die Inangriffnahme der folgenden Etappen, die eine Zeitspanne von 12—15 Jahren umfassen und etwa 70 Millionen Franken erfordern, erfolgen. All das sei aber bloß Vorbereitung für den eigentlichen, großen Bahnhofumbau, dessen Kosten, je nachdem Kopf- oder Durchgangsbahnhof beschlossen werde, auf 183 bzw. 235 Millionen Franken berechnet seien.

2. Die Damenturnvereinigung der Stadt Zürich umfaßt zurzeit 1400 Mitglieder in 20 Sektionen.

In der Stadt hat es heute schon mehr als 3000 Radioapparate, und alle Tage erfolgen Neuanmeldungen zu hunderten.

Die Kirchgemeinde Uster begeht die Feier des hundertjährigen Bestandes ihres Gotteshauses mit einem Festgottesdienst und einem Kirchgemeindeabend. Eine auf diesen Anlaß hin von Pfr. Bühler

verfaßte Gedenkschrift gibt Aufschluß über die Geschichte der Kirchengemeinde Uster und ihre erste, 1099 schon erwähnte Kirche.

Altstetten beschließt die Einführung der unentgeltlichen Geburtshilfe.

3. Der Kantonsrat befaßt sich neuerdings mit der Staatsrechnung vom Jahre 1923, die nach kurzer Beratung einstimmig genehmigt wird.

Der Stadtrat beantragt dem Großen Stadtrat den Erlaß von Vorschriften zum Schutze des Stadt- und Landschaftsbildes.

5. Der Große Stadtrat bewilligt zunächst 435,000 Franken zur Anschaffung von 15 Personenwagen der Straßenbahn, ferner für die Freihaltung der Aussicht vom Germaniahügel und vom obersten Teil der Freudenbergstraße einen Kredit von 197,000 Franken, weitere 80,000 Franken für einen Planwettbewerb über die Ausgestaltung der Seeufer im Stadtgebiet und in den Vororten, sowie 75,000 Franken für eine Wegverbindung am rechten Sihlufer.

6. Der stadträtliche Voranschlag der Gemeinderrechnung für 1925 schließt bei 54,4 Millionen Franken Einnahmen und 54,7 Millionen Ausgaben mit einem Defizit von 378,950 Franken. Der Stadtrat beantragt, die ordentliche Gemeindesteuern auf 100 Prozent der einfachen Staatssteuer festzusetzen.

7. Nachdem es im letzten Semester wiederholt vorgekommen ist, daß Studierende der Universität ihre Legitimationskarte unrechtmäßig benutzen, sollen vom laufenden Wintersemester an nur noch Legitimationskarten mit der von der Universitätskanzlei abgestempelten Photographie des Inhabers anerkannt werden.

Die schweizerische Handelskammer wählt an Stelle des verstorbenen Dr. Alfred Frey zum ersten Beamten des schweizerischen Handels- und Industrievereins Dr. Ernst Wetter von Winterthur, zurzeit Chef der Handelsabteilung des schweizerischen Volkswirtschaftsdepartements.

Der Voranschlag der Stadt Winterthur für 1925 sieht bei 8,979,226 Fr. Ausgaben einen Rückschlag von 75,234 Fr. vor. Der Stadtrat beantragt, die ordentliche Gemeindesteuer auf 120 Prozent der Staatssteuer festzusetzen gegenüber 138 Prozent im laufenden Jahr.

10. Die kommunistische Gruppe des Lebensmittelvereins Zürich stellt einen Antrag, wonach künftig ein Teil der jeweiligen Rechnungsüberschüsse zur Unterstützung von wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiterschaft (wie z. B. bei Escher, Wyß & Co.) verwendet werden sollte. Der Genossenschaftsrat lehnt jedoch diesen Antrag mit 46 gegen 31 Stimmen ab.
11. Eine Versammlung des Haus- und Grundbesitzerverbandes von Winterthur ersucht den Stadtrat, die bestehende Feuerwehrrverordnung in dem Sinne abzuändern, daß der Mannschaftsbestand dem früheren annähernd wieder gleich gestellt und daß die Kommandanten der Löschzüge der ehemaligen Außengemeinden mit größeren Befugnissen versehen würden.

13. Elf Mitglieder der zürcherischen Kirchensynode reichen ihr eine Motion ein, wonach die Synode eine Rundgebung erlassen soll zugunsten der Abrüstung unter großen und kleinen Völkern, sowie für bedingungslose und sofortige Abrüstung der Schweiz.

Die Einwohnerzahl der Stadt belief sich Ende Oktober auf 206,328 oder 1334 mehr als im Vormonat.

14. Die Mehrheit der Rechnungskommission des Kantonsrates beantragt, auf den Antrag des Regierungsrates betreffend Erwerb und Umbau des Hauses der ehemaligen „Pestalozzischule“ an der Fehrenstraße nicht einzutreten.

Der Verwaltungsrat der Leihkasse Meilen-Herrliberg beantragt der Generalversammlung die Liquidation der Kasse und Genehmigung des Vertrages mit der schweizerischen Volksbank für deren Übernahme.

15. Der Stadtrat von Winterthur verlangt vom Großen Gemeinderat einen Kredit von 763,000 Franken für die Verbesserung der Wasserversorgung in den ehemaligen Außengemeinden.

16. Die Kirchgemeinde Enge begehrt die Einweihung ihres Gemeindehauses mit einem Festgottesdienst in der Kirche und nachfolgendem Bankett in der Tonhalle.

17. Der Kantonsrat beschließt nach dem regierungsrätlichen Antrag die Verlängerung der Gültigkeit der Verordnung vom 30. Oktober 1922 betreffend die provisorische Ausführung von § 3 des Gesetzes über die Leistungen des Staates an das Volksschulwesen und setzt sodann die Beratung des Gesetzesentwurfes über die Erbschafts- und Schenkungssteuer fort.

18. Der Große Gemeinderat von Winterthur beschließt die Ausrichtung von durchschnittlich 6 Franken tägliche Unterstützung vom 1. November bis Ende März an nicht almosengenhängige Arbeitslose aller Berufsarten, die seit mindestens einem Jahre in Winterthur niedergelassen sind und während wenigstens neun Monaten ohne längeren Unterbruch in Arbeit gestanden haben.

19. Von der Limmat werden auf Stadtgebiet massenhaft tote Fische ans Ufer getrieben. Als Ursache dieses ungewöhnlichen Fischsterbens wird festgestellt, daß irgendwo auf Stadtboden eine stark petrolhaltige Flüssigkeit ausgeschüttet und dann durch die Abwasserkanäle der Limmat zugeführt worden sein muß. Für die Entdeckung des Täters wird eine Belohnung von 100 Franken ausgesetzt.

20. Die meteorologische Zentralanstalt registriert in der Stadt 3 und im Glattal 5 Grad Kälte.

Der Direktor des zürcherischen Tierospitals, Prof. Dr. Zschokke, wird von der Universitäts-Hochschule Budapest zum Ehrendoktor ernannt in Würdigung seiner hervorragenden Verdienste um die Förderung der veterinär-medizinischen Wissenschaft wie insbesondere auch der tierärztlichen Heilkunde.

Die Kirchensynode lehnt nach längerer Diskussion die Abrüstungs-Motion mit 130 gegen 20 Stimmen ab.

Das Obergericht verurteilt den ehemaligen Leiter des städtischen Fürsorgeamtes wegen Unterschlagung von 28,237 Franken der Stadt gehörender Gelder sowie wegen Amtspflichtverletzung zu zwei Jahren Arbeitshaus und zweijähriger Einstellung im Aktivbürgerrecht. Der Verurteilte hat die Stadt voll zu entschädigen.

22. Den Verhandlungen des Kirchenrates ist zu entnehmen, daß die neue Uebersetzung des Neuen Testaments bis im Februar 1925 druckfertig vorliegen und daß sodann die Uebersetzung der ganzen Bibel bis 1929 beendet sein werde.
23. Der kantonale sozialdemokratische Parteitag beschließt die Durchführung eines Volksbegehrens um staatliche Förderung des Wohnungsbaues. Dafür soll ein Kredit von 10 Millionen Franken verlangt werden, wovon jährlich 2 Millionen für die Subventionierung billiger Wohnbauten zu verwenden wären. Ein zweites Volksbegehren verlangt die Verhältniswahl der Behörden von Gemeinden mit über 2000 Einwohnern, ein drittes die Einführung einer kantonalen Altersversicherung.
24. Der Kantonsrat beschließt nach längerer Diskussion den Ankauf des Hauses Fehrenstraße 7 (Pestalozzischule) für 350,000 Franken mit dem Auftrag an die Regierung, für den Umbau eine neue Vorlage einzubringen. Von der sozialdemokratischen Fraktion wird eine Motion eingereicht, die wünscht, daß die bestehenden Verordnungen zum Schutze der Mieter noch nicht aufgehoben und vor deren Aufhebung gesetzliche Bestimmungen zum selben Zweck erlassen werden möchten.
25. Der Stadtrat verlangt einen Kredit von 143,000 Franken für die Korrektur der Legistraße in Obersträß.

Die sozialdemokratische Fraktion des Großen Stadtrates stellt folgende Interpellation: „Ist der Stadtrat in der Lage, darüber Aufschluß zu geben, auf welchen Gesamtbetrag sich die Unterschlagungen Michons belaufen? Findet der Stadtrat nicht, daß sich die Finanzkontrolle im Falle Michon als völlig unzulänglich erwiesen habe, und welche Maßnahmen gedenkt er zu ergreifen, um sie wirksam zu gestalten? Ist dem Stadtrat bekannt, daß der frühere städtische Beamte einen Teil der unterschlagenen städtischen Gelder für die Finanzierung einer Spitzelorganisation verwendet hat?“

26. Der stadtzürcherische Verein der Inhaber von Konzertlokalen beschwert sich über die kürzlich erfolgte Erhöhung der kantonalen Gebühr von 3240 auf 3720 Franken und ersucht die Finanzdirektion um entsprechende Ermäßigung der Gebühr.

Der Große Stadtrat beschließt vorerst, den Refurs betreffend die Ausrichtung von Unterstützungen aus städtischen Mitteln an die Ausgesperrten der Neumühle an den Regierungsrat weiter zu leiten, und bewilligt sodann den verlangten Kredit von 143,000 Franken für die Korrektur der Legistraße. Hierauf wird noch beschlossen, die Vorschriften über die offene Bebauung vom Jahre 1912 gemäß den Anforderungen der Gegenwart abzuändern.

27. Dr. jur. Karl Bertheau und Walter Schoop, Kaufmann, erhalten für die Rettung einer Ertrinkenden aus der Limmat am 3. November die silberne Verdienstmedaille der Stadt.

Dem Kantonsrat unterbreiten 58 Mitglieder folgende Motion: Der Regierungsrat wird eingeladen, bei der Beantwortung der vom Bundesrat an ihn gerichteten Anfrage dahin zu wirken, daß die bestehenden Verordnungen zum Schutze der Mieter noch nicht aufgehoben werden. Ferner verlangt die Motion, daß gesetzliche Bestimmungen zum Schutze der Mieter erlassen werden.

28. Im Großen Stadtrat begründet Redakteur Nobs die Interpellation betreffend den Fall Michon in längerer Rede. Der Stadtpräsident verliest hierauf eine formelle Erklärung des Stadtrates, worin dieser gegen die Fassung der Interpellation Verwahrung einlegt. Deren materielle Behandlung wird jedoch auf die nächste Sitzung vertagt.
29. Der Stadtrat von Winterthur beantwortet die bezüglichliche Anfrage der Justizdirektion dahin, der Bundesratsbeschluß über die Bekämpfung der Wohnungsnot sollte erst Mitte nächsten Jahres aufgehoben werden.

Dezember:

1. Der Kantonsrat nimmt Kenntnis von der Begründung der Motion betreffend Beibehaltung des Mieterschutzes, die von E. Leuenberger (soz.) vorgebracht wird. Nach längerer Diskussion wird beschlossen, die Abstimmung darüber zu verschieben bis zu dem Zeitpunkt, da der Regierungsrat den von ihm in dieser Sache in Aussicht gestellten Bericht samt Antrag dem Kantonsrat vorlegen wird.
2. Seit bald zwei Wochen befindet sich ein Kanzlist der Kantonalen Fremdenpolizei in Untersuchungshaft wegen seiner in amtlicher Stellung begangenen Unterschlagungen im Betrage von wenigstens 30,000 Franken.

Die vom Vorstand des Mietervereins auf heute Abend einberufenen und sehr zahlreich besuchten Versammlungen hiesiger Mieter im Kasino Auversühl und im Ochsen am Kreuzplatz erheben einhellig und nachdrücklich Einsprache gegen die laut dem Rundschreiben des Bundesrates auf nächstes Frühjahr vorgesehene gänzliche Aufhebung der eidgenössischen Verordnungen betreffend den Mieterschutz.

3. Der Milchproduzentenverband von Dübendorf beschließt, die Milchfälscher von sich aus zu maßregeln: Wer aus Fahrlässigkeit seine Milch verfälscht, wird mit 150 Franken, wer sie absichtlich fälscht, mit 500 Franken gebüßt. Im Wiederholungsfalle verdoppeln sich diese Bußen und es erfolgt Ausschluß aus der Genossenschaft sowie Sperre der Milchlieferung.
4. Der Gemeinderat von Wädenswil beantwortet die Anfrage der Justizdirektion betreff. den Abbau der Mieterschutzbestimmungen auf Frühjahr oder Herbst des nächsten Jahres dahin, er halte eine solche Maßnahme auch zum zweiten Zeitpunkt für verfrüht.

5. Im Großen Stadtrat erfolgt, nachdem sie in letzter Sitzung bloß formell behandelt worden ist, nunmehr die materielle Behandlung der Interpellation über den Fall Michon. In seiner Antwort teilt der Stadtpräsident u. a. mit, die Gesamtsumme der Unterschlagungen belaufe sich auf 44,320 Franken, wovon allerdings 16,083 Franken strafrechtlich verjährt seien. Was die Frage betreffend die Unzulänglichkeit der Finanzkontrolle anbetreffe, so könne der Vorwurf bloß insofern gelten, als an verschiedenen amtlichen Stellen mit zu wenig Vorsicht vorgegangen worden sei, die Finanzkontrolle selbst aber hätte gar keine Kenntnis erhalten von den Einzahlungsmanövern des Defraudanten. Der Polizeivorstand sodann beantwortet die Fragen betreffend die Beziehungen Michons zu der Polizei und der sogenannten Spitzelzentrale. Er gibt zu, daß Michon dem Polizeikommissär Hartmann Nachrichten über kommunistische Umtriebe geliefert habe sowie auch einem kleinen Kreise bürgerlicher Amtspersonen, der sich zum Zwecke der Sammlung und Veröffentlichung solcher Mitteilungen zusammengetan hätte und dem außer dem genannten Polizeikommissär auch ein Mitglied des Stadtrates angehört habe. Nachdem noch der Gesundheitsvorstand berichtet hat, wie sehr gute Empfehlungen seiner früheren Vorgesetzten dem Defraudanten sein Spiel erleichtert hätten, wird die Sitzung abgebrochen.

6. Die Erziehungsdirektion empfiehlt den Lehrern neuerdings, durch passende Aufklärung der Schüler zu bewirken, daß die mutwillige Schädigung von Telegraphen- und Telephonleitungen unterbleibe, die Jugend aber auch wisse, welche Folgen solche Streiche nach sich zögen. Sodann soll in der Schule auch auf die modernen Verkehrsmittel hingewiesen und über das richtige Verhalten des Fußgängers auf der Straße Rat erteilt werden.

Der Große Stadtrat setzt die Behandlung der Interpellation betreffend den Fall Michon fort. Nachdem noch der Interpellant Moos erklärt hat, seine Darlegungen seien durch die Antwort des Stadtrates nicht erschüttert worden, wird ein von Manz (soz.) gestellter und von Dr. Enderli (Grütlianer) abgeänderter Antrag mit 50 gegen 49 Stimmen angenommen, des Inhalts: „Der Große Stadtrat mißbilligt jede direkte oder indirekte Verwendung von gegen Entgelt angeworbenen Leuten für den Nachrichtendienst des Polizeiwesens und erwartet vom Stadtrat, daß künftig in der städtischen Verwaltung mit dem System der politischen Spitzel endgültig gebrochen wird.“

10. Der Regierungsrat ersucht das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement, vom Abbau der Mieterschutzverordnung auf 1. Mai 1925 Umgang nehmen und sodann die Ueberführung des noch geltenden Notrechts in das ordentliche Recht prüfen zu wollen.

Nachdem die Bundesratsverordnung über Arbeitslosenfürsorge aufgehoben worden ist, beschließt der Regierungsrat, diese sei für die Zeit vom 1. Dezember 1924 bis 31. März 1925 auf kantonalem Gebiet provisorisch zu regeln.

Der Große Stadtrat behandelt die Rechnung über das Jahr 1923. Ueber die Verwendung des Ueberschusses von 11½ Millionen

Franken liegen zwei Anträge vor, einer des Stadtrates und der Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission und einer der Kommissionsminderheit. Der erste Antrag lautet: Tilgung des Kriegsschuldenrestes 1,455,731 Franken; außerordentliche Abschreibung der Neubautenschuld 3,500,000 Franken; Rückstellung für Kriegswohnbauten 1 Million, für Wohnungen für kinderreiche Familien 2 Millionen; Ausgleichsfonds zur Sicherung eines stabilen Steuerfußes 3,5 Millionen. Der Antrag der Minderheit will für die umstrittenen 3½ Millionen folgende Verwendung bestimmen: zugunsten eines zu errichtenden Fonds für Beiträge an Saalbauten und Volkshäuser 1,5 Millionen; zugunsten eines Fonds für Beiträge an Kurkosten Unbemittelter 1,5 Millionen; zugunsten eines Fonds für die Erwerbung von Wald und die Schaffung neuer Anlagen 500,000 Franken. Schließlich wird dieser Antrag mit 62 gegen 49 Stimmen zum Beschluß erhoben.

11. Die Bankrechnungsprüfungskommission des Kantonsrates beantragt folgende Verwendung des letztjährigen Reingewinnes der Kantonalbank: 670,000 Franken Einlage in den Reservefonds der Bank; 150,000 Franken außerordentliche Zuwendung an den kantonalen gemeinnützigen Hilfsfonds; 400,000 Franken Zuwendung an den Fonds für eine kantonale Alters- und Invalidenversicherung und 30,000 Franken Beitrag an die Stiftung für das Alter.

12. Der Gemeinderat von Dietikon beantwortet die Anfrage der Justizdirektion betreffend Aufhebung des Mieterschutzes in verneinendem Sinne.

Der Bundesrat beantragt der Bundesversammlung den Ankauf eines Bauplazes für ein Post- und Telegraphengebäude in Derlikon zum Preise von Fr. 115,750.

13. Die Sparguthaben bei den sechs in der Stadt bestehenden Sparkassen betragen zur Zeit 160 Millionen Franken oder 85 Millionen mehr als im Jahre 1912. Während die jährliche Zunahme der Einlagen in den Jahren 1914 bis 1920 durchschnittlich 5 Millionen Franken betrug, stieg sie seit 1921 um mehr als 15 Millionen. Das durchschnittliche Sparguthaben beläuft sich heute auf 915 Franken oder ist um 15 Prozent höher als vor dem Krieg.

14. Bollikon setzt die Gemeindesteuer für das Jahr 1925 auf 95 Prozent der einfachen Staatssteuer fest, Schlieren seine auf 155 und Wallisellen seine auf 132 Prozent.

Die katholische Kirchgemeinde Dietikon beschließt einen Kirchenbau im Kostenvoranschlag von 640,000 Franken.

15. Der Ausschuß der zürcherischen Hilfe für die deutsche Not veröffentlicht einen Bericht über seine siebenmonatige Tätigkeit. Danach wurden in Stuttgart an etwa 3000 Bedürftige 286,000 Portionen Suppe abgegeben und 290 Personen erhielten Kleider. Ferner wurden für über 1200 Kinder Freiplätze in Familien vermittelt, wo sie meist länger als acht Wochen gut gepflegt wurden, so daß alle gesund und gestärkt, auch reich beschenkt von ihren Pflegeeltern, nach Deutschland zurückkehrten.

17. Der Stadtrat beantragt dem Großen Stadtrat, den Gaspreis für Haushaltungen in der Stadt mit Wirkung ab 1. Januar 1925 von 30 auf 27½ Rappen pro Kubikmeter festzusetzen.
18. Der schweizerische Pilot Mittelholzer tritt 10.45 vom Zürichhorn aus mit einem Junkers-Metall-Flugzeug seinen Flug von 5500 Kilometern nach Persien an.
19. Der Gemeinderat von Affoltern b. Zch. stellt fest, daß im kommenden Jahre bei aller Einschränkung und bei Aufnahme auch nur äußerst dringlicher Ausgabenposten ein Ausgabenüberschuß von solcher Höhe einträte, daß zu dessen Deckung eine Gemeindesteuer von 465 Prozent der einfachen Staatssteuer erforderlich wäre. Die Gemeinde stecke seit Jahren in unhaltbaren Verhältnissen, was davon herrühre, daß einigermaßen begüterte Personen wegen des konfiskatorisch auf sie wirkenden Steuerfußes regelmäßig nach kurzem Aufenthalt wieder fortzögen, während umgekehrt der Zuzug mittelloser Familien anhaltend sich mehre. Die Gemeindeversammlung beauftragt daher den Gemeinderat, sich mit Gemeinden in ähnlicher Notlage zu verständigen, um vereint beim Kantonsrat den Erlaß wirksamer Maßnahmen zu einem Steuerausgleich in die Wege zu leiten.
22. Eine vom nationalen Ausschuß gegen die Ueberfremdung hieher einberufene Versammlung stellt folgende Forderungen auf: Die Eidgenossenschaft schließt keine Niederlassungsverträge mehr ab; die Regelung der Niederlassung von Ausländern erfolgt auf dem Wege der Kontingentierung; Ausländer können in der Schweiz keinen Grund und Boden erwerben.
23. Versuchsweise für die Dauer eines Jahres wird eine Autopostverbindung Wülflingen—Nestlenbach—Nesch—Günikon—Buch a. S. eingerichtet, wofür diese Gemeinden eine Defizitgarantie in der Höhe von 5000 Franken leisten.

Der Große Gemeinderat von Winterthur bewilligt zu Handen der Gemeinde einen Kredit von 763,000 Franken für die Erweiterung der Wasserversorgung.
24. Eine von der Gruppe linkes Zürichseeufer der Vereinigung schweizerischer Republikaner nach Thalwil einberufene Volksversammlung mißbilligt „das untätige Verhalten des Regierungsrates in Sachen der Ausländer-Ausgleichsteuer“ und ersucht ihn, „ohne weiteren Verzug eine Gesetzesvorlage gemäß dem durch die Volksabstimmung vom 25. November 1925 ihm erteilten Auftrag auszuarbeiten.“

Der Stadtrat verlangt vom Großen Stadtrat einen Kredit von 106,000 Franken für die Korrektur der Langmauerstraße zwischen projektierte Scheuchzer- und Winterthurerstraße.

Die Rechnungscommission des Großen Stadtrates empfiehlt den vom Stadtrat beantragten Erwerb des Beckenhofgutes in Untersträß zum Preise von 1,015,000 Franken.
27. Im Hauptbahnhof herrscht zur Zeit ein außergewöhnlich häufiger Zugverkehr. In der Richtung nach Chur und nach dem Engadin müssen vor- und nachmittags regelmäßig Extrazüge eingeschaltet

werden; aber auch der Vorortsverkehr weist eine in dieser Jahreszeit noch nie dagewesene Frequenz auf.

Der Stadtrat von Winterthur beantragt dem Großen Gemeinderat die Herabsetzung des Gaspreises von 35 auf 32,5 Rappen pro Kubikmeter.

Die sozialdemokratische Fraktion des Großen Stadtrates verlangt auf dem Wege der Motion die Herabsetzung des Gaspreises von 30 auf 22 ½ Rappen pro Kubikmeter.

Die gegenwärtigen Semesterkurse der Volkshochschule weisen einen noch nie dagewesenen Hörerbestand auf; so sind für die 29 Kurse 4472 Hörer eingeschrieben.

28. Die Kirchgemeinde Derlikon-Schwamendingen begeht die Einweihung ihrer renovierten, nun mit einer Orgel ausgestatteten Kirche mit einem Festgottesdienst und nachherigem Gemeindeabend.

29. Der Pilot Mittelholzer hat auf seinem Persienflug Smyrna erreicht, wo sein Flugzeug von der türkischen Behörde in Beschlag genommen wurde. Mittelholzer ersucht nun den Bundesrat um seine Vermittlung.

Das Bezirksgericht Dielsdorf läßt zwei Schuldbriefe, den einen aus dem Jahre 1825 und den anderen vom Jahre 1841, beide auf Gulden lautend, öffentlich ausrufen.

30. Achtzig Angestellte der Maschinenfabrik Derlikon, die seit 25—40 Jahren bei ihr in Stellung sind, erhalten als Zeichen der Anerkennung von der Geschäftsleitung Uhr und Kette sowie ein doppeltes Monatsgehalt, die länger als 25 Jahre in Stellung Stehenden für je fünf Dienstjahre ein weiteres Monatsgehalt.
-